

Kontroverse Friedensbegriffe

AUFGEDECKTE KONTROVERSEN ZUM LIBERALEN FRIEDEN

Mit einem Wechsel der Perspektive habe ich mit den vorangegangenen Darstellungen der Erfahrungen, Analysen, Theorien und Praxisformen der vier afghanischen Basisorganisationen eine dekolonialisierende Wirkung der Forschung angestrebt. Damit ist ein Wechsel von der dominanten Perspektive des liberalen/demokratischen Peace- und Statebuilding durch zivil-militärische Intervention in Afghanistan, einschließlich der kritischen Formen davon, zur Perspektive demokratischer, feministischer und auf Gerechtigkeit orientierter, anti-fundamentalistischer, selbstorganisierter afghanischer Basisorganisationen gemeint. Das ist ein Wechsel hin zu einer dialogischen Auseinandersetzung mit einer Gesellschaft bzw. bestimmten Teilen dieser Gesellschaft, die durch die Perspektive des liberalen Friedens und herkömmlicher Forschungsmethodologien zum Objekt gemacht werden. Die Perspektive des liberalen Friedens ist verankert im Eurozentrismus des Denksystems internationaler Politik, fußt auf der herausgestellten Besonderheit und Überlegenheit des Westens und verstärkt diese weiter. Die kontroversen Perspektiven einiger basispolitischer Organisationen in Afghanistan, die hier ausführlich dargestellt wurden, werden in der Regel unsichtbar oder unbedeutend gemacht, sodass sie nicht als Kontroversen in Debatten eingehen. Das trägt zur weiteren Entpolitisierung von globalen Konflikten durch die liberale Friedenstheorie bei.

Im diesem Kapitel verdeutliche ich die Kontraste der Ergebnisse dieser dekolonialen Forschung, die zur hegemonialen Theorie für interventionistischen Friedensaufbau, der Theorie des liberalen Friedens und deren Umsetzung im Peacebuilding in Afghanistan bestehen. Ich zeige die Spannungen zwischen einerseits den Analysen, Zukunftsentwürfen und praktischen Erfahrungen der basispolitischen Organisationen und andererseits den erklärten Zielen, Praktiken und Folgen des liberalen Peacebuilding. Diese Gegenüberstellung ist eine weitere dekoloniale Praxis.

Darauf aufbauend gehe ich auf vorhandene kritische theoretische Reflexionen zum liberalen Frieden ein. Dabei arbeite ich heraus, was das Spezifische der dekolonialen

Kritik des liberalen Friedens ausmacht. Ich orientiere mich dabei insbesondere an der Frage, welche unterschiedlichen Konsequenzen aus der Kritik des liberalen Friedens und/oder der Praxis der liberalen Peacebuilding gezogen werden. Diese bestehende Kritik am liberalen Peacebuilding setzt allem voran an dem Widerspruch zwischen den illiberalen und Instabilität bedeutenden Ergebnissen und den entgegengesetzten Zielen von liberalen Friedensmissionen – nicht nur in Afghanistan – an. Ich zeige zunächst einige verschiedene Vorschläge, die zur Verbesserung des Ansatzes des liberalen Friedens und für sogenannte humanitäre bzw. liberalisierende Interventionen gemacht werden. Der äußerst machtvolle Ansatz des liberalen Friedens und Peacebuilding, der derzeit Steuerungen in der Weltpolitik zentral mit anleitet, soll mit diesen Anpassungen erhalten werden. In einem nächsten Schritt gehe ich auf Kritiker*innen ein, die liberalen Frieden „as a form of imperial global order“ (Sabaratnam 2013: 260) grundsätzlich ablehnen. Liberaler Frieden wird als kolonial, imperialistisch und auf Krieg – „the permanence of war or very high levels of organised violence in post-conflict spaces“ (Heathershaw 2008: 621) – gerichtet zurückgewiesen.

Letztendlich begründe ich aus dem Blickwinkel dekolonialisierender Forschung, warum eine anti-koloniale oder anti-imperialistische Zurückweisung aufgrund des theoretischen Nachweises von Kolonialismus und Imperialismus äußerst wichtig ist und doch allein nicht ausreichend sein kann. Wenn eine Dekolonialisierung der Weltverhältnisse und des Wissens zu Weltpolitik angestrebt wird, dann ist entscheidend – hier in Bezug auf die Kritik des Peacebuilding –, die epistemische Alleinstellung der westlichen, eurozentrischen Perspektive auf Weltpolitik nicht beizubehalten, sondern zu durchbrechen: „A decolonial or decolonizing project must begin through a re-engagement with that which Eurocentric thinking suppresses or discounts [...]“. (Sabaratnam 2013: 270) Es geht um die Anerkennung von Wissen und Wissensformen, die auf andere Weise entstehen, als durch den anerkannten methodologischen Standard westlich-institutionalisierter, „wissenschaftlicher“ Forschung. „The unsettling of where epistemic authority lies [...] is a necessary part of the decolonizing project.“ (Sabaratnam 2011a: 801)

„Many contemporary critiques of intervention remain distant from [...] the ‚recipients‘ or objects of domination, hegemony and empire [...] in an unwillingness to attempt the use of other embedded epistemological standpoints to act as a counterpoint [...] to the dominant narrative of global ‚liberalism‘ or ‚neoliberalism‘ [...]“. (Sabaratnam 2011b: 249)

Bei den folgenden, abschließenden Reflexionen bin ich deshalb bestrebt, die epistemische Positionierung als Teil der Kämpfe für die Dekolonialisierung von Weltverhältnissen und Wissensformen beizubehalten. Die Perspektiven der vier basispolitischen Organisationen aus Afghanistan bleiben somit im Zentrum, werden hier jedoch mit der hegemonialen westlichen Theorie des liberalen Friedens kontrastiert und in ein Verhältnis zu kritischen akademischen Debatten gesetzt.

SPANNUNGEN ZUM LIBERALEN FRIEDEN

Die Darstellung der afghanischen Basisorganisationen in diesem Buch ist kein Beitrag zur Bereicherung des akademisch anerkannten Wissens um die Vielfalt von kulturell anderen Lebensformen. Es werden nicht die Lücken des Eurozentrismus gefüllt. Die Ergebnisse dieser Forschung, die Analysen, Zukunftsentwürfe und Praxis der afghanischen basispolitischen Akteur*innen stehen in einer Spannung zu hegemonialen Wissensformen zum Konflikt und Friedensaufbau in Afghanistan, die durch die dominante Theorie des liberalen Friedens angeleitet wird. Für die dekolonialisierende Kritik der machtvoll wirkenden Wissensverhältnisse ist es wichtig, diese Spannung konkret zu zeigen (vgl. u.a. Halperin 2006; Singer 2005; Löw 2009). Ein „unassimilable difference“ (Halperin 2006: 44) wird sichtbar. Diese nicht-einfügbare Verschiedenheit der Konfliktbeschreibungen und der Friedensbegriffe wird i.d.R. durch die Delegitimierung und Nicht-Beachtung der Analysen und der Praxis dieser gesellschaftlichen Basisakteur*innen verdeckt.

Die vielen beschriebenen Erfahrungen und Gegenanalysen sind in sich bereits ein konfrontativer Widerspruch zur Theorie und den Umsetzungskonzepten des liberalen Friedens. Die Widersprüche zu dominanten Konfliktanalysen, zur Theorie des liberalen/demokratischen Friedens und entsprechendem Friedens-/Staatsaufbau werden in vielen Aspekten von den hier vorgestellten Basisaktivist*innen thematisiert. Dies geschieht meist nicht mit direktem Bezug auf die Theorie selbst, sehr wohl aber mit Bezug auf die Praxis und die Legitimationsargumentationen der Interventionspolitik. Insgesamt erfolgt diese Kritik nicht auf einer abstrakt-theoretischen, westlich-akademisch geprägten Ebene. Die epistemische Perspektive basiert dagegen auf der konkreten, erlebten, politischen und gesellschaftlichen Erfahrung des Friedens- und Staatsaufbaus seit Ende 2001 sowie der Kriege der Jahrzehnte davor, verbunden mit den politisch geführten Auseinandersetzungen, dem reflektierten Bewusstsein zur lokalen und globalen Geschichte und der tiefen Verbundenheit mit den gewöhnlichen Menschen – insbesondere mit den marginalisierten Teilen der afghanischen Gesellschaft. Es ist Wissen, das auf relationaler Epistemologie und einer Verbindung zur politisch und ethisch für sich selbst entscheidenden Gesellschaft basiert. Mit den vier hier dargestellten Organisationen wird sichtbar, wie diese auf je unterschiedliche Weise zu den Entwicklungen seit Bestehen des liberalen Friedensaufbaus eine politische, soziale und künstlerische Praxis etabliert haben und somit politischen, kontroversen Raum (wieder-)beanspruchen.

KONTROVERSEN UND KONTRASTE – WIDER DEN MONOLOG DES LIBERALEN FRIEDENS

Mit den basispolitischen Kämpfen in Afghanistan finden politische Einmischungen statt, die eine neue bzw. eigenständige Bewertung und Gestaltung grundlegender gesellschaftlicher und politischer Fragen beanspruchen. Damit fügen sie sich nicht in das Projekt des liberalen Friedens ein, das für die Seite der Intervenierten in Kategorien von Kollaboration oder Feindschaft denkt (vgl. Heathershaw 2008). Das liberale Friedensprojekt behandelt die Entwicklungsziele als entpolitisierte globale Norm und vermittelt entsprechende Befähigungen zur späteren Übergabe der Verantwortung in Local Ownership – von Fördergeldverwaltung bis Good Governance und Aufstandsbekämpfung.

Von den basispolitischen Organisationen wird ein Recht auf Politik ausgedrückt, wie Jabri es nennen würde. Vivienne Jabri (2010) sieht in der Wiederbeanspruchung von politischem Raum eine kritische Gegenstrategie, die sie mit ihrer Kritik des liberalen Friedens-/aufbaus verbindet. In dieser Kritik betont sie die Entpolitisierung von Konflikten durch die liberale Friedenstheorie (vgl. Jabri 2010). Es müsse das Recht auf Politik und politische Subjektivität in konkreten Streitpunkten und Kämpfen ausgeübt werden und neue Räume für politisches Handeln müssten beansprucht werden. Diese neuen politischen Subjektivitäten können auf post-/ antikolonialen Kämpfen der Vergangenheit, aber auch auf den Konflikten und Leiden aufgrund des ungleichen Zugangs zu materiellen Ressourcen und Entscheidungsmacht aufbauen (vgl. Jabri 2010: 55). „The ‚right to politics‘ [...] is insurrectionary in ethos and collective in articulation. This is hence a right that is not conferred from the outside, but is framed in struggle and contestation.“ (Ebd: 55) Mit sehr verschiedenen Mitteln – vom Theaterprojekt oder der Kunstaussstellung über politische Bildung und Stellungnahmen über Gedenkfeiern und Demonstrationen bis hin zum öffentlichen Verbrennen aufgeklebter Portraits bekannter Kriegs- und Menschenrechtsverbrecher – werden von den vier hier dargestellten Organisationen politische Räume zurückgenommen. Politisches Handeln im Widerspruch zum westlichen Interventions- und neoliberalen Umgestaltungsprojekt, nicht als dessen reformistische Ergänzung, werden durch die Aktivitäten dieser Organisationen und damit im politischen Streit ermöglicht²³.

Im vorangegangenen Hauptteil dieser Arbeit wurden Begründungen, Forderungen und Erfahrungen der konkreten politischen Auseinandersetzungen im Streit um die mit dem interventionistischen sogenannten Friedensaufbau verknüpften Entwicklungen im Land dargestellt. Es geht beispielsweise um den Streit über die Beteiligung an

23 Das widerspricht nicht dem Bestreben dieser Organisationen, in konkreten Anliegen auf Veränderungen im reformistischen Sinne einzuwirken.

den Verhandlungen zur Bildung der ersten Übergangsregierung im Jahr 2001, um das Amnestiegesetz und die fehlende Aufarbeitung der Vergangenheit und um vermeintliche Frauenförderung, während für die weitgehende Mehrzahl der Frauen Gewalt und Rechtlosigkeit eine mindestens so schlimme Alltäglichkeit haben, wie in der Taliban-Regierungszeit. Es geht aber auch sehr direkt um die Kritik an der Präsenz und den Menschenrechtsverletzungen des internationalen Militärs und um Kämpfe zur Beendigung einer Besatzungspolitik, die anti-demokratische, frauenfeindliche, reaktionäre Führungspersonen im Interesse westlicher geopolitischer Ziele stärkt und zu lokalen Partnern aufbaut. Diese und weitere Themen wurden im Hauptteil dieser Arbeit detailliert aus der Perspektive der Basisorganisationen dargelegt.

Die dargestellten Analysen und Erfahrungen aus sozialen Basiskämpfen in Afghanistan können als „critical border thinking“ (Mignolo 2000) angesehen werden. Border thinking entwickelt Konzepte für den Kampf einer dekolonialen Befreiung, die die enge eurozentrierte Modernität überwindet (vgl. Grosfoguel 2008: 16). Im Zentrum steht „the question of how to transcend the imperial monologue established by the European-centric modernity“ (ebd.: 16). Westliches Überlegenheitsdenken wird nicht mit dem vermeintlichen Gegenteil, einem anti-modernen, anti-westlichen Fundamentalismus, beispielsweise Islamismus, beantwortet, sondern es finden Neudefinitionen statt. Nach Ramón Grosfoguel werden im border thinking aus den Kosmologien und Epistemologien der ausgebeuteten Seite des kolonialen Unterschiedes bestehende, enge eurozentrische Konzepte neu entworfen: Konzepte von Staatsbürgerschaft, von Demokratie, von Menschenrechten, von Humanität oder von ökonomischen Beziehungen (vgl. Grosfoguel 2008: 16). Auf die hier dargestellten afghanischen Basisbewegungen trifft zu, dass ein neuer Weg gesucht wird, der sich von beiden Fundamentalismen abgrenzt, die sich gegenüber stehen – vom islamistischen (marginalen) wie dem eurozentrischen (hegemonialen) Fundamentalismus. „What all fundamentalisms share (including the Eurocentric one) is the premise that there is one sole epistemic tradition from which to achieve truth and universality.“ (Grosfoguel 2008: 2)

Ich begreife die mit militärischen Interventionen und sogenanntem liberalen Peacebuilding verbundenen, umfassenden, politisch-ökonomisch-gesellschaftlichen Eingriffe und Gewaltanwendungen als politische Handlungen, die als Techniken der Problemlösung entpolitisiert werden. Ich stelle die Analysen, Bewertungen, Aktivitäten und verfolgten Ziele der vier afghanischen, anti-kolonialen, basispolitischen Organisationen der verbreiteten Darstellung der Intervention als militärisch-verwaltungstechnisches sowie pädagogisches Handlungsrepertoire zur sachlich-richtigen Normanpassung gegenüber. Das heißt, ich kontrastiere die hegemoniale Theorie des liberalen Friedens in einer dekolonialen Strategie mit den Ergebnissen der dialogisch-dekolonialen Forschung, die als jahrelanger Lernprozess mit, von und über die vier afghanischen Partnerorganisationen stattfand.

Unter drei zentralen Aspekten zeige ich im folgenden Abschnitt einige der Kontroversen und Kontraste des im Hauptteil beschriebenen Friedens- und Konfliktwissens der vier afghanischen Basisorganisationen zum Konzept und der Praxis des liberalen Peacebuilding in Afghanistan:

- Aufbau von Demokratie,
- Befähigung zu liberalen Staatsbürgern,
- Friedensprozess als Stabilität durch Machtteilung.

Menschenrechte und Frauenrechte laufen in diesen drei Aspekten als Themen quer mit. Ich beschreibe unter jedem Aspekten jeweils zuerst die Perspektive des liberalen Peacebuilding. Anschließend folgt die Perspektive der basispolitischen Organisationen.

KONTROVERSE 1: DEMOKRATIE ALS WAHLEN VS. DEMOKRATIE „VON UNTEN“

Die Studierenden, die im Mai 2009 in Kabul gegen die Tötung von mehr als 150 Zivilist*innen bei einer US-Bombardierung im Dorf Bala Baluk der Provinz Farah demonstrierten, erklärten anschließend, dass sie so lange nicht an Wahlen teilnehmen werden, wie die Regierung nicht auf die Wünsche der Menschen hört und nicht die blinden Bombardierungen stoppt, bei denen Tausende Zivilist*innen getötet werden. Die Regierung folgt nur den Anweisungen des US-Militärs und dieses verletzt die Menschenrechte mit ihren Bombardierungen, erklärt der Student Hemayon Iam (Iam, Interview in Kabul, 20.05.2009). „When we don’t have freedom in our country, and the wishes of our people have no value, they are killing innocent people during their bombardement ... So in a country where we don’t have freedom, election has no meaning for us.“ (Ebd.)

Eine afghanische Frau, die sich für die Wahlbeteiligung engagierte, berichtet: „When I tried to explain to them about how to obtain electoral cards they said our problem is poverty and lack of food, we don’t want any electoral cards.“ (Nasira, zit. nach Rostami-Povey 2007: 63) Die Menschen wären so arm, dass sie den Wahlen keine Aufmerksamkeiten schenken könnten, sondern stattdessen von ihren Problemen mit Ernährung, hohen Mieten und Rechnungen erzählten.

Die Durchführung von Wahlen wird als zentrales Kriterium für Friedenskonsolidierung und Demokratisierung nach Konflikten angesehen. In einem eher technischen Demokratisierungsverständnis wird die Einsetzung von Wahlsystemen nach dem westlichen Vorbild als Norm verstanden (vgl. Elliott 2009). „Die Planung von Wahlen stand am Beginn jeder Mission“, berichtet Roland Paris über die Peace-

building-Missionen der 1990er Jahre (Paris 2007: 37). In der „internationalen Wachstumsindustrie“ (ebd.: 33) der Friedenskonsolidierung, mit dreizehn Missionen in Kriegs- und Krisengebiete zwischen 1989-99, ging es offiziell um technische Hilfe zum Aufbau eines dauerhaften Friedens. Doch alle Missionen strebten in der Praxis das Modell der liberalen marktwirtschaftlichen Demokratie an (vgl. ebd.: 33). Mit dem Bonn Agreement wurde Ende 2001 auch für Afghanistan festgelegt, dass die zentralen Merkmale einer repräsentativen, liberalen Demokratie innerhalb kürzester Fristen durch die afghanischen Verbündeten verwirklicht werden sollen.

„This [Bonn] agreement laid out an aggressive implementation timetable of key milestones intended to build the foundations of a modern representative democracy, including the establishment of a transitional government at the Emergency Loya Jirga in 2002 and the ratification of a new constitution at a Constitutional Loya Jirga eighteen months later. The election of a president in October 2004 and the holding of parliamentary and provincial council elections in September 2005 followed.“ (Kippen 2009: 35)

Afghanistan sollte ein Einsatz mit „light footprint“ werden, also mit zurückhalten-der Einmischung. Die UN-Mission für Afghanistan hat deshalb, anders als beispielsweise die UNTAES (United Nations Transitional Administration in Eastern Slavonia, Baranja and Western Sirmium) nach dem Kroatienkrieg, keine zentrale Verwaltungsaufgabe im Interventions- und Übergangsstaat übernommen. Die Nordallianz-Warlords waren die Verbündeten seit den ersten Tagen der militärischen Intervention, als sie mit Waffen, Satellitentelefonen und Geld ausgestattet wurden. Die Nordallianz-Milizen nahmen im November 2001 Kabul ein und setzten damit Fakten der Macht. Als das Bonner Gipfeltreffen stattfand, auf dem die Übergangsregierung und die (eiligen) Schritte zur Schaffung (der Symbole) demokratischer Institutionen festgelegt wurden, zeigte diese neue Machtrolle bereits Auswirkungen. Die Nordallianz-Vertreter konnten ihre Bedingungen durchsetzen, unter anderem die Streichung des Verbots einer generellen Amnestie für Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen. Zudem wurde eine Entwaffnung nicht vereinbart.

„The final agreement also left out many standard parts of UN mediated peace agreements, including commitments to disarmament or demobilisation. Ultimately, no attempt was made to address either the underlying causes or the consequences of the war on millions of Afghan victims.“ (Winterbotham 2010: 6)

Die Nordallianz bekam mehr als die Hälfte der Ministerien zugesprochen, einschließlich aller Schlüssel-Positionen: Verteidigungs-, Außen- und Innenministerium, die Kontrolle der Geheimdienste sowie das Büro für Verwaltungsangelegenheiten, das einem Ministerpräsidentenamt gleichkommt (vgl. Ruttig 2012: 6). Nicht zuletzt die Auswahl des Übergangspräsidenten auf dem Treffen in Bonn wurde durch die USA

und die UN manipulativ gesteuert: „An internal pre-vote in the second-most powerful delegation, the Rome group, for its candidate for this position went against Karzai; the delegation was forced to repeat the vote under pressure from the US and the UN.“ (Ebd.: 5) Die Nordallianz-Delegation hatte diesem Wunschkandidaten der USA bereits zugestimmt.

Eine Delegationsgruppe mit Menschenrechtsvertreter*innen und eine Frauenrechtsvertreterin wurden auf Druck der Nordallianz-Delegation vom Bonner Gipfel-treffen ausgeschlossen. Frauen, die wenige Tage zuvor in Kabul für eine größere Repräsentativität und die Beteiligung von Frauen und Frauenrechtsvertreterinnen demonstrieren wollten, wurden von den Nordallianz-Soldaten auseinandergetrieben. Der UN-Sondergesandte Francesc Vendrell, der gemeinsam mit Lakhdar Brahimi die Konferenz in Bonn vorbereitete und jeder Stimme Gehör zugesichert hatte, bemühte sich nicht, die an ihn gerichtete Resolution der Frauen zu erhalten, deren direkte Übergabe durch das gewaltsame Einschreiten der Milizionäre der Nordallianz verhindert wurde (vgl. Benard/Schlaffer 2002). Thomas Ruttig vom Afghanistan Analysts Network sieht bei dieser, für den institutionellen Neuaufbau grundlegenden Konferenz „substantial democratic deficits“ (Ruttig 2012: 5). Der Eindruck entstand, dass nur diejenigen, die bereit waren Gewalt für die Durchsetzung ihrer politischen Anliegen einzusetzen, einen Platz am Verhandlungstisch eingeräumt bekamen (vgl. ebd.: 5). Alle beteiligten Gruppen waren während des Gewaltkonfliktes in schwere Menschenrechtsverletzungen verwickelt (vgl. Nadery 2007: 174).

Als Minister der Übergangsregierung und ohne die Entwaffnung ihrer Milizen konnten die islamistischen Jihadis der Nordallianz und andere zuvor einflusslose und nun politisch anerkannte Warlords, regionale Gebietskontrolle, Aneignung von internationalen Fördergeldern und von Land, wirtschaftliche Macht und politische Kontrolle ausweiten. „[T]he UN and the member states of the US-led international coalition [...] facilitated the warlords' return to power and promoted them as legitimate partners in a new beginning for Afghanistan.“ (Nadery 2011: 173) Auf der verfassungsgebenden Loya Jirga kontrollierten sie die Arbeitsgruppen, die Sitzungsleitung und auch die Ordnungs- bzw. Sicherheitskräfte (vgl. Ruttig 2012). Delegierte wurden systematisch unter Druck gesetzt und bedroht, beispielsweise die Bezeichnung des neuen Staates als Islamischen Staat („Islamische Republik“) nicht abzulehnen. Der Frauenrechtlerin Malalai Joya wurde das Mikrofon abgestellt und sie wurde massiv, auch körperlich angegriffen, weil sie die Anwesenheit der Warlords mit verbrecherischer Vergangenheit in dieser Versammlung zur Gestaltung der Verfassung kritisierte. Mit ihren neuen Reichtümern, ihren Ämtern, und ihrer repressiven, bewaffneten Macht und regionaler Kontrolle konnten die Warlords zum Zeitpunkt der ersten Wahlen die Stimmenabgabe entsprechend ihrer Interessen ausreichend beeinflussen. „From there, they captured the parliament and most of the provincial councils in the 2005 elections, during which many Afghans asked how they could vote freely ,with a

gun held to my head‘.“ (Ruttig 2012: 3-4) Die Frauenrechtsaktivistin Malalai Joya erklärt vor den Präsidentschaftswahlen 2009, dass es unmöglich sei, in Afghanistan demokratische Wahlen zu haben.

„It is true, there are some democratic people who are running for elections, but it is impossible that they win. Because first of all, they are not puppets. Than they do not have gun, they are not gunlords. The next president will be a person which whitehouse want, which CIA want, and which mafia want. Since we have mafia system in Afghanistan. [...] Under the shadow of warlordism, druglordism, occupation, no security – impossible to have democratic elections.“ (Joya, Interview in Kabul, 20.05.2009)

Die Entwicklung zur Integration von Warlords mit krimineller Vergangenheit als Partner des Westens, verbunden mit der Etablierung eines Systems der Straflosigkeit, war kein Versehen, sondern wurde durch die internationalen Interventionsstaaten kontinuierlich weiter gefördert. Beispielsweise erklärte Rainer Glassner vom Duisburger Institut für Entwicklung und Frieden auf einem Afghanistan-Symposium am 7. Dezember 2005, dass sich die internationale Gemeinschaft ganz bewusst für eine Strategie der Kooption lokaler Warlords entschieden habe. Ein Konfrontationskurs aufgrund der kriminellen Handlungen dieser Kriegsherren, unter anderem im Drogenhandel, wurde vermieden, um eine Befriedung und Stabilisierung Afghanistans nicht zu erschweren (vgl. Glassner zit. nach Sadeghi/Steinfeld/Werthes 2005: 10). Eine Beteiligung der Warlords an den Wahlen wurde ausdrücklich begrüßt und gefördert, denn sie sollten als politische Akteure eingebunden werden. Glassner sieht diese Strategie für die Parlaments- und Provinzwahlen 2005 auch als erfolgreich, denn viele Warlords hätten gezielt ihre Netzwerke und ihr Kapital eingesetzt, um ihre Machtposition im neuen System mithilfe der Wahlen zu erhalten (vgl. ebd.: 10).

Als im Jahr 2004 die ersten Präsidentschaftswahlen und 2005 die ersten Parlaments- und Provinzratswahlen stattfanden, war in Afghanistan der Raum für die Gestaltung einer demokratischen Entwicklung und für die Aufarbeitung der Verbrechen der Vergangenheit bereits weitgehend geschlossen. „[T]he emerging order was spoiled by the representatives of the ugly past who were assumed by some in the international community to be ‚part of the solution‘.“ (Nadery 2011: 174) Trotz Protesten aus der Zivilgesellschaft wurden Kriegsverbrecher als Kandidaten zu den Wahlen zugelassen. Das System der Straflosigkeit, das im Bonn Agreement seine Grundlage hat, wurde mit den Wahlen weiter zementiert: „Denn heute haben wir gewählte Volksvertreter, von denen mehr als die Hälfte in diese Verbrechen involviert ist.“ (Anwari, 07.12.2006) In den ersten Jahren der Intervention bis zum Wahljahr 2004, als Afghanistan vor allem von den Interventionsstaaten und der UN gesteuert wurde, wäre es noch möglich gewesen, Verbrecher aus führenden Ämtern zu entfernen (vgl. Nadery 2011: 174). Diese Chance wurde vertan. Auch eine Straf-

verfolgung wäre noch möglich gewesen. Danach wurde das Justizsystem beinahe vollständig dysfunktional (vgl. ebd.: 174, Fußnote). Im Jahr 2007 wurde das allgemeine Amnestiegesetz initiiert und 2009 gültig.

Formal-äußerlich wurden bis 2005 bereits alle wichtigen Merkmale einer liberalen Demokratie erfüllt: Eine Verfassung wurde eingesetzt, in der bereits eine offene, liberale Marktwirtschaft festgelegt ist, das Parlament und der Präsident wurden durch Wahlen bestimmt. Eine Frauenquote im Parlament und ein Frauenministerium wurden eingerichtet. Wichtige internationale Verträge zum Schutz von Menschenrechten wurden unterzeichnet. Eine bestimmte Praxis externen Friedensaufbaus hatte stattgefunden, die zunehmend in westlichen, akademischen Debatten kritisch bewertet wird: „[A] triumph of process, technocracy, bureaucracy, and ideology over substance, and more directly, over the lives of millions of ordinary people.“ (Richmond 2010a: 1) Bis etwa zum Jahr 2006, als die Aktivitäten bewaffneter Aufständischer gegen die Regierung noch gering waren, wurde dieser Staatsaufbau durchaus optimistisch bewertet, wie der oben zitierte Vortrag von Glassner exemplarisch zeigt. Michael Daxner nennt die Zeit bis 2005 die „Goldene Stunde“ (Daxner 2014: 3) des Staatsaufbaus in Afghanistan. Angesichts der unvermindert hohen Korruption, der nicht ignorierbaren Praktiken von Wahlbetrug und der notwendigen Legitimation des (Teil-)Abzugs des internationalen Militärs trotz einem gescheiterten Friedens- und Demokratietaufbau, wird jedoch inzwischen die Besetzung von Regierungsposten durch Kriegsverbrecher als „ein afghanisches Problem“ benannt. Als 2014 Hamid Karzais mögliche Amtszeit beendet war und ein neuer Präsident gewählt werden musste, kandidierten zahlreiche Personen mit zweifelhafter Vergangenheit in Bezug auf Menschenrechtsverletzungen. „Kriegsfürsten mit fleckiger Vergangenheit, Technokraten und westlich geprägte Diplomaten, ja selbst ein erklärter Freund Osama Bin Ladens – sie alle haben das gleiche Ziel: sie wollen Afghanistans nächster Präsident werden“, schreibt die Tageszeitung *Die Welt* (Mühlmann, 08.10.2013). Nach dem ersten Wahlgang folgte ein monatelanges zähes Ringen mit Wahlbetrugsvorwürfen. Doch im Fortschrittsbericht der deutschen Regierung heißt es dazu: „Dieser Machtwechsel ist historisch. Afghanistan hat damit in den letzten Monaten wichtige Schritte in seiner demokratischen Entwicklung vollzogen.“ (Die Bundesregierung 2014: 5) Im Afghanistan-Dossier 2014 der Heinrich-Böll-Stiftung heißt es einleitend: „Das über viele Jahre von Kriegen zerstörte Land hat sich im letzten Jahrzehnt Schritt für Schritt zu einer eigenständigen Demokratie entwickelt.“ (Heinrich-Böll-Stiftung 2014: o.S.)

Die Perspektive der afghanischen Basisakteur*innen dieser Forschung steht solchen Erklärungen des (relativ) erfolgreichen Demokratietaufbaus gravierend entgegen. Die Präsidentschaftswahlen von 2014 nennt die Frauenorganisation RAWA „[t]he most recent example of the US’s sham democracy in Afghanistan“ (RAWA-Erklärung, 07.10.2014). In ihrer Erklärung sprechen die Feministinnen von „rigging and fraud of this mockery“ (ebd.) und der westlichen Steuerung: „John Kerry

ordered the formation of a government under the name of ‚national unity‘.“ (Ebd.) Das Ergebnis sei eine Regierung, die sich aus den schlimmsten Feinden der afghanischen Bevölkerung zusammensetzt. „[It] has been imposed upon our people once more, with Ashraf Ghani, a professional spy, installed as the president. To make its Jehadi lackeys happy, fifty percent of power was given to Abdullah and his gang of looters.“ (RAWA-Erklärung, 07.10.2014)

Die hier dargestellten afghanischen Basisorganisationen haben viel früher die Probleme bzw. die Gefährdung des Demokratieaufbaus erkannt als die westlichen Statebuilding- und Demokratisierungsexpert*innen. Das liegt auch in ihrem Demokratiebegriff begründet, der an dessen Ursprung anknüpft und eine Umsetzung des Willens der Bevölkerung in einem eher basisdemokratischen Verständnis meint. Die Bedürfnisse und Wünsche oder Forderungen auch der marginalisierten Teile der Bevölkerung sollten nach diesem Verständnis beachtet und erfüllt werden. Soziale Gerechtigkeit ist ein entscheidendes Kriterium, darüber hinaus die Abwesenheit von Diskriminierungen auf der Basis von Gender, ethnischen Zuordnungen, Sprache, Religion und Alter.

RAWA hatte bereits vor Beginn des Bonner Gipfeltreffens 2001 gewarnt, dass eine Kooperation des Westens mit den Kriegsverbrechern der Nordallianz niemals zu Demokratie führen kann. Sie forderten, der Nordallianz keine Waffen, kein Geld und keine politische Macht zu geben. Alle Milizen müssten entwaffnet werden. Nach der Bildung der Übergangsregierung mit den fundamentalistischen Warlords war RAWA weiter gezwungen, im Untergrund zu arbeiten. Im Mai 2002 sagte Schahla von RAWA: „Für die meisten Mitglieder der Übergangsregierung sind wir ein rotes Tuch, weil wir uns für Frauenrechte und Demokratie einsetzen.“ (Schahla, 25.05.2002) RAWA organisierte nach den Beschlüssen zur Zusammensetzung der Übergangsregierung eine Demonstration zur UN-Vertretung in Islamabad. Die Frauen forderten die UN auf, ihrer Verantwortung entsprechend für eine gerechte Behandlung der Frauen in Afghanistan einzutreten. „Let women be the equal partner in nation building“, war einer der Slogans der Frauen (Pakistan Observer, 11.12.2001). Die UN und alle Staaten müssten aufhören, die Nordallianz zu unterstützen:

„Wenn die UN wirklich für die Unabhängigkeit, die Einheit und die Demokratie in Afghanistan Sorge tragen, dann dürfen sie unter keinen Umständen die ‚Northern Alliance‘ weiterhin unterstützen und sollten rasch und einstimmig jegliches Land verdammen und strafen, dass versucht, Geldmittel und Waffen an diese Mörder auszuteilen. Nur dann kann eine Regierung ohne terroristisch-fundamentalistische Vergiftung und ohne Mörder, eine Regierung, die auf demokratischen Werten basiert, in Afghanistan eingesetzt werden, nur dann kann erfolgreich der Frieden wiederhergestellt werden und Stabilität für dieses verzweifelte Land erreicht werden, nur dann können die Herausforderungen der Rehabilitation dieses Landes ernsthaft in Angriff genommen werden.“ (RAWA-Erklärung, 10.12.2001)

Nicht die Burka, die zum Symbol der angeblichen Befreiung der afghanischen Frauen wurde, sei das Problem, sondern das Problem seien die Fundamentalisten der Nordallianz (vgl. Schahla, RAWA, 25.05.2002). RAWA erklärt, dass die afghanische Bevölkerung aus der Bratpfanne in das Feuer geworfen wurde, denn statt der Terroristen der Taliban sind die Jihadi-Terroristen der Nordallianz an die Macht gebracht worden (vgl. RAWA-Erklärung, 11.09.2002). Die Hoffnungen auf einen grundlegenden und bedeutungsvollen Wandel wären damit zunichte gemacht worden. „To hope for the attainment of freedom, democracy and equality within the framework of a corrupt, religion-based, ethno-chauvinistic system is either self-delusion or hypocrisy – or both.“ (Ebd.) RAWA hatte im Herbst 2001 zu einem Aufstand der Bevölkerung gegen die Taliban und Al Qaeda aufgerufen, denn wenn die Menschen den Sturz der Taliban-Regierung selbst herbeigeführt hätten, wäre ein wirkliches Ende der Macht von Taliban und anderen Fundamentalisten möglich gewesen (vgl. ebd.).

RAWA hat lange vor der Intervention 2001 über die Hintergründe der vom Westen unterstützten islamistischen Organisationen und Führungspersonen aufgeklärt. Sie hörten damit auch nicht auf, als die Jihadis, die zwischen 1992-1996 alle denkbaren Formen von Verbrechen gegen die afghanische Bevölkerung begangen hatten, wieder zu politischen Machträgern aufgebaut worden waren. RAWA informiert beispielsweise über Abdul Rasul Sayyaf, der das Afshar-Massaker 1993 in Kabul befehligt hatte, eine Aktion ethnischer Säuberung und systematischer Vergewaltigungen, und der bei der Neuordnung im Jahr 2001 zu einer Schlüsselfigur wurde. Unter anderem bestimmte er einen ultrafundamentalistischen Religionsgelehrten, Fazl Hadi Shinwari, als ersten Präsidenten des Obersten Gerichtshofs. Dieser verweigerte die Benennung von Frauen am Gerichtshof, beabsichtigte die Rolle von Frauen im öffentlichen Raum einzuschränken und wollte die Wiedereinführung eines Ministeriums für religiöse Sittenkontrolle bewirken. Im Jahr 2002 ließ er die Verhandlung der Anklage wegen Blasphemie gegen die neue Frauenministerin Sima Samar zu. Eine Verurteilung hätte die Todesstrafe bedeutet. Weitere Fälle von Blasphemie wurden vorgebracht. Diese Einschüchterung ließ öffentliche Debatten merklich abkühlen (vgl. RAWA-Website: Court; auch Kolhatkar/Ingalls 2006). Später setzte Shinwari das generelle Amnestiegesetz mit durch.

Die Frauen von RAWA gehen davon aus, dass zuerst die Dominanz von Fundamentalisten aufgehoben werden muss, um Demokratie und soziale Gerechtigkeit etablieren zu können. Nur die Bevölkerung selbst, vor allem die organisierten Frauen, und nicht von außen intervenierende Staaten und deren Militär, können nach dem Verständnis von RAWA solche Veränderungen herbeiführen. Das, was seit der militärischen Intervention 2001 in Afghanistan aufgebaut wurde, wird von RAWA als „so called democracy“ bezeichnet (Friba, RAWA, Interview in Kabul, 18.05.2009). Mit genau den fundamentalistischen Führern, die in der Vergangenheit gegen Frauenrechte und gegen alle Freiheiten waren, die Demokratie ausdrücklich

ablehnten und als ein Wort der Ungläubigen bezeichneten, wie Burhanuddin Rabbani im Jahr 1992, würde der Westen nun Demokratie aufbauen wollen. Das sei unmöglich (Friba, RAWA, ebd.)

Die Parlamentarierinnen, Medienvertreterinnen oder Frauenministerin, die gerne vor die Kameras westlicher Medien geholt werden, seien „dolloed-up showpiece women“ (RAWA, 08.03.2013). Demokratie könne nicht von außen gebracht werden. „Democracy is the idea to come from inside the country, the society talk about it, the women and the men of a country fight for it.“ (Perwin, RAWA, Interview in Kabul, 28.06.2010)

RAWA arbeitet daran, Frauen zu organisieren und politisch zu bilden. Damit schaffen sie nach ihrem Verständnis die Basis für wirkliche Demokratie, die von der Gesellschaft herbeigeführt und getragen wird. Dabei legt RAWA Wert darauf, die persönliche Kraft und eine klare Entschiedenheit zu stärken, um für die eigenen Ziele einzutreten und sich nicht korrumpieren zu lassen. Das sei wichtig, denn dann können die Menschen, die diese Situation nicht ewig weiter mitmachen werden, auch den Kampf für einen radikalen Wandel mittragen (Friba, RAWA, Interview in Kabul, 18.05.2009).

Die Motivation der „Victims' Families“, im Jahr 2007 einen Verband zu gründen, die Social Association of Afghan Justice Seekers (SAAJS), kam aus der Erkenntnis, dass die Regierung den Willen der Bevölkerung nach Aufklärung und Aufarbeitung der Verbrechen der Vergangenheit übergeht. Entdeckte Massengräber wurden nicht untersucht, der festgelegte Aktionsplan für verschiedene Maßnahmen von Transitional Justice wurde nicht in die Praxis umgesetzt und stattdessen das Gesetz für eine generelle Amnestie forciert. SAAJS sieht als grundlegendes Problem, dass ein Parlament und eine Regierung, die überwiegend mit Warlords und Kriegsverbrechern besetzt sind, kein Interesse an den Bedürfnissen der Bevölkerung hat.

Da Transitional Justice im Bonn Agreement für den Demokratisierungsprozess ausgeklammert worden war, wurde der ungewöhnliche, äußerst basisdemokratische Weg einer Konsultation der Bevölkerung eingeschlagen. In den Jahren 2003/2004 wurde eine umfassende Befragung in allen Provinzen und Flüchtlingslagern mit Einzel- und Fokusgruppeninterviews durchgeführt.

„[T]he population was enthusiastic and supportive of the process. [...] There seemed to be a sense of gratitude at the very concept of being consulted. [...] [T]he national consultation itself was considered a first step towards the realization of the hopes of the vast majority of Afghans that they could regain their trust in public institutions.“ (Nadery 2007: 176).

Der Bericht der Afghanistan Independent Human Rights Commission (AIHRC) zu dieser Erhebung (AIHRC 2005) löste landesweite Debatten über Transitional Justice aus. Die Opfer von Verbrechen wie auch politische Führungspersonen, die bekannt waren für ihre Involvierung in schwerste Menschenrechtsverbrechen,

meldeten sich zu Wort – mit entgegengesetzten Positionen. Auf der Basis der sehr deutlichen Befragungsergebnisse und der wachsenden öffentlichen Zustimmung von Ältesten, Zivilgesellschaftsaktivist*innen und religiösen Vertretern, wurde der „Action Plan of the Government of the Islamic Republic of Afghanistan: Peace, Reconciliation and Justice in Afghanistan“ 2005 entwickelt und 2006 von der Regierung angenommen. Er legte Maßnahmen der Transitional Justice in zahlreichen Bereichen fest. Nachdem der Aktionsplan Ende 2006 offiziell durch Präsident Karzai bekannt gegeben war, sollte dieser mit einem genauen Zeitplan innerhalb von drei Jahren umgesetzt werden. Doch von der Seite der Regierung geschah diesbezüglich beinahe nichts. Stattdessen wurde 2007 das Amnestiegesetz vor allem von den im Parlament und in der Regierung vertretenen mutmaßlichen Verbrechern entworfen und etwas später eingesetzt.

Die Direktorin von SAAJS sagt, dass es notwendig ist, die Kriegs- und Menschenrechtsverbrecher von hochrangigen politischen Positionen zu entfernen. Die Bevölkerung müsse wirklich repräsentiert werden, und zwar von Personen, die keine Verbrechen begangen haben (vgl. Ahmad, Interview in Kabul, 08.07.2010). Diejenigen, die schwere Verbrechen begangen haben, würden unter dem Schutz der USA und ihrer Verbündeten stehen (vgl. SAAJS-Erklärung, 03.08.2012). Die kriminelle Mafia, die an die Spitze des Landes gesetzt wurde, hätte trotz der hohen Beträge internationaler Aufbaugelder nicht die geringsten positiven Veränderung für die Bevölkerung gebracht (vgl. ebd.).

Aus diesem Zusammenhang leitet sich ein Slogan ab: „Democracy without justice is meaningless.“ Dieser wird auf Demonstrationen, die SAAJS organisiert, gerufen. Das Land sei aufgrund der Einsetzung von bekannten Kriegsverbrechern in politische Ämter in eine nicht dagewesene Krise aus Unsicherheit, Einschüchterung, Hunger, Gesetzesbruch, Ungerechtigkeit, Verbrechen und Korruption gesunken (vgl. SAAJS-Erklärung, 10.12.2009). Keiner versuchte die Verantwortlichen für viele Verbrechen und Elend daran zu hindern, fortgesetzt an den Wahlen teilzunehmen und diese massiv zu manipulieren. Damit werde der letzte Nagel in den Sarg der politischen Leiche der Demokratie geschlagen (vgl. ebd.). SAAJS analysiert, dass weder Demokratie, Frauenrechte, Menschenrechte noch Stabilität, Sicherheit oder Frieden mit der Intervention umgesetzt wurden. Stattdessen wurde durch das Herumtrampeln auf Menschenrechten und die Tötung von Zivilisten mehr Leiden und Schmerz gebracht (vgl. SAAJS-Erklärung, 05.08.2010).

Für die künstlerische Organisation AHRDO gehörte es seit ihrer Gründung im Jahr 2009 zum Selbstverständnis, an einer gesellschaftlichen Veränderung zu arbeiten, die von unten, von den am meisten Marginalisierten und insbesondere den Frauen und Witwen kommt. Es geht ihnen mit ihrer künstlerischen Arbeit um einen Beitrag zur Förderung einer partizipatorischen Demokratie mit Dialog und öffentlicher Teilnahme (AHRDO-Website: About us).

Weil das für AHRDO konkret bedeutet, dass die Opfer der Kriege, als am meisten marginalisierte Bevölkerungsgruppe, gehört werden sollten, begibt sich die Organisation damit in einen Widerspruch zu den bestehenden Machtverhältnissen im Staatsaufbauprojekt. Die künstlerische Menschenrechtsorganisation arbeitet daran, dass die Perspektive der Opfer und Gerechtigkeit im Friedens- und Versöhnungsprozess leitend sein sollen. Dafür regen sie mit ihrer Theaterarbeit an, dass sich die Opfer von Kriegsverbrechen in eigenen Organisationen zusammenschließen. Auch die Gründung von Frauen-Shuras wurde initiiert. AHRDO arbeitet im Bündnis Transitional Justice Coordination Group mit, beteiligt sich an der Organisierung von Konferenzen, Demonstrationen und von zwei großen landesweiten Versammlungen der Victims' Organizations, den Victims' Jirgas 2010 und 2011. AHRDO ist damit ein zivilgesellschaftlicher Akteur, der einerseits die beschriebene basispolitische Selbstorganisation im Widerspruch zu den Ausgrenzungen des politischen Aufbauprojektes voranbringt. Andererseits kooperiert AHRDO auch mit Regierungsvertretern und Botschaften, macht Gesetzesvorschläge und übergibt Memory Boxes, die aus der künstlerischen Erinnerungsarbeit hervorgehen, an das Nationalarchiv.

Die Solidaritätspartei Afghanistan erklärt in ihren Aufrufen zu Demonstrationen, dass „Demokratieaufbau“ ein scheinheiliges Label sei für eine Entwicklung, die demokratische Möglichkeiten verschließe und die Selbstbestimmung der Bevölkerung über die Zukunftsgestaltung verhindere. „Our contemporary history teaches us that because puppet governments such as ours are installed to implement the devilish plans of neo-colonialists, they have no sympathy with the fate of their people.“ (SPA-Erklärung, 16.04.2015) Deshalb wird „real democracy“ zu einer Forderung, die weit über diese Organisation hinaus immer wieder zu hören ist. Nirgends auf der Welt könne eine Regierung, die von außen gesteuert wird, eine wirkliche Repräsentation der Bevölkerung sein. Die Wunden der Menschen könnten damit nicht versorgt werden. Deshalb haben sie keinerlei Erwartungen an die afghanische Regierung. Sie begreifen diese als gegen die Menschen gerichtet (vgl. SPA-Erklärung, 01.08.2010). „These mafias that pretend to be pro-democracy are actually wolves in sheep's skin.“ (SPA-Erklärung, 07.05.2012) Die schlimmsten Verbrecher an Menschenrechten und Frauenrechten seien durch die Interventionsstaaten an die politische Macht gebracht worden. Die Förderung von Frauen sei eine künstliche und rein symbolische Praxis, die für die meisten afghanischen Frauen keine positiven Veränderungen gebracht habe. Sie diene nur einer sehr kleinen Minderheit von Frauen, die als Aushängeschilder der Emanzipation missbraucht werden. Die Zeichen der angeblichen Befreiung von Frauen wie das Frauenministerium, die Frauenquote im Parlament, das Gesetz zur Eliminierung von Gewalt gegen Frauen und einige von Frauen besetzte prominente Positionen seien vor allem Propaganda, um im Westen den Militäreinsatz in Afghanistan zu rechtfertigen (vgl. SPA-Erklärung, 08.03.2013).

Die Wahlen begreift die Solidaritätspartei als ein sinnloses Show-Spektakel. Der afghanische Präsident – dieser nimmt ein äußerst machtvoll ausgestattetes Amt ein – würde von der US-Regierung ausgewählt:

„[E]ven the most unaware and unenlightened of our masses have found through past experience that the next president has been already selected by the White House and [...] only has to go through a scandalous show of ‚democratic elections‘ in order to be proclaimed the winner and be crowned and installed in the presidential palace.“ (SPA-Erklärung, 08.03.2014)

Inspiziert durch die Aufstände und Umstürze des Arabischen Frühlings sehnen sich die Aktivist*innen der Solidaritätspartei nach einem „Afghanistan Spring“ (SPA-Erklärung, 07.05.2012), um „real democracy, freedom and justice“ (ebd.) aufzubauen. In einer Erklärung formuliert Hezbe Hambastagi/Solidaritätspartei das Ziel eines breit getragenen Kampfes mit den Worten: „end despotism and injustice, and attain equal rights for men and women with a democratic and popular government“ (SPA 08.03.2013). Die Regierung, die sie sich wünschen, wird demnach nicht nur als demokratisch, sondern auch als „populär“ beschrieben, also als von der Breite der Bevölkerung getragen. Gleiche Rechte für Frauen und Männer und Gerechtigkeit sind weitere genannte zentrale Kriterien.

In ihrer Kampagne gegen permanente US-Militärstützpunkte in Afghanistan analysiert Hezbe Hambastagi, dass es mit der Intervention nicht um Demokratie und auch nicht um Terrorismusbekämpfung geht, sondern um die geopolitischen Interessen des Westens, die darauf zielen, in Asien eine Basis zur Eindämmung anderer machtvoller Staaten der Region aufzubauen. Pro-demokratische Organisationen erhalten nicht nur keine finanzielle Unterstützung durch die westlichen Staats- und Demokratieaufbauhelfer, sie werden zudem bedrängt und terrorisiert. 2012 war versucht worden, die Solidaritätspartei zu verbieten. Gleichzeitig erhielten die Verantwortlichen der Partei Drohanrufe. Die Interventionsstaaten bauen partnerschaftliche Beziehungen zu den reaktionärsten, anti-demokratischen, frauenfeindlichen Organisationen auf, weil die am meisten bereit sind, Afghanistan den westlichen Interessen auszuliefern. Progressives und freiheitsliebendes Denken soll dagegen grundlegend ausgeradiert werden, um die westlich-koloniale Kontrolle zu vereinfachen (vgl. SPA-Erklärung, 08.03.2013).

KONTROVERSE 2: BEFÄHIGUNG ZU LIBERALEN STAATSBÜRGERN VS. GESCHICHTE DEMOKRATISCHER IDEEN UND KÄMPFE WEITERFÜHREN

Nachdem im Schnelldurchlauf bis zum Jahr 2005 die symbolischen Institutionen einer Demokratie geschaffen waren, wurde durch internationale Analyst*innen und Berater*innen festgestellt, dass diese demokratischen Institutionen nicht funktionieren, wie sie sollten. Es fehlt vor allem an Legitimität und Glaubwürdigkeit. Immer wieder ist zu hören, dass eine tiefe Lücke zwischen der Regierung und der Gesellschaft klappt (vgl. Kaldor/Theros 2011; Theros/Rosen, 16.01.2011; Kühn 2010). Im Corruption Perceptions Index (CPI) von Transparency International erreichte Afghanistan im Jahr 2012 den letzten Platz (gemeinsam mit Nordkorea und Somalia) (vgl. Transparency International 2012).

In der Aussage, dass dem Demokratieaufbau Legitimität und Glaubwürdigkeit fehlt, gibt es eine Übereinstimmung mit den Analysen der vier afghanischen Basisorganisationen. Die Zusammenhänge und Ursachen, um das zu erklären, wie auch die Vorschläge dazu, was verändert werden muss, unterscheiden sich jedoch grundlegend von denen der Politikberater*innen. Doch zunächst beschreibe ich die Perspektive der in Afghanistan aktiven Demokratieberater*innen.

Einer dieser Analysten und Berater für Wahlen und Demokratiestärkung ist Grant Kippen, der in vielen Ländern für zahlreiche kanadische und internationale Organisationen tätig war. In Afghanistan war er Direktor des National Democratic Institute for International Affairs und Vorsitzender der Electoral Complaints Commission während der Parlaments- und Provinzratswahlen 2005. Kippen fordert, dass „die Afghanen“ lernen müssten, verantwortliche Staatsbürger zu sein.

„Whether it is their role as a citizen, a voter, a governmental employee, a journalist, a police officer, or a member of a political party or civil society organization – all individuals have responsibilities to the country that need to be learned, understood, and practiced.“ (Kippen 2009: 38)

Staatsbürgerkunde, „for example, how to cast your vote“ (ebd.: 38), müsse auf vielen Wegen vermittelt werden als Teil eines „long-term, broad-based educational effort about democracy“ (ebd.: 38). An den Schulen müsse das in die Lehrpläne eingehen und mehrjähriger staatsbürgerkundlicher Unterricht müsse als Erwachsenenbildung im ganzen Land stattfinden. Auch Radio, Fernsehen und Printmedien müssten mit an dem Ziel arbeiten, einen Sinn von Staatsbürgerschaft in der Bevölkerung zu verankern.

Kippen beschreibt: „Afghans find themselves struggling to both understand and institutionalize the latest form of governance.“ (Ebd.: 35) Die staatsbürgerkundliche

Schulung ist für Kippen ein sicherheitsrelevantes Anliegen. Weil „die Afghanen“ vermeintlich Demokratie nicht richtig verstehen, sei „[t]he initial progress toward a modern democratic state now [...] in jeopardy“ (ebd.: 35). Die vorgebliche Ungebildetheit und die Unfähigkeit der afghanischen Bevölkerung stellen demnach ein gefährliches Problem dar. Darauf wird mit der Verstärkung der pädagogischen Seite des Peacebuilding reagiert, um die Subjekte der herzustellenden Demokratie als Humankapital zu erschaffen: „Because the Afghan people will be the drivers of this democratization process, building the human capital needed to sustain it will be critical.“ (Ebd. 44)

Im Verständnis dieses technokratischen Top-down-Demokratieexports wird kaum verborgen, dass Local Ownership nur übergeben werden kann, wenn die Menschen entsprechend pädagogisch geformt und vorbereitet werden. „In order for ordinary Afghans to support the process [...] they need to understand what democracy is [...].“ (Kippen 2009: 37) Es geht dabei nicht darum, dass die Bevölkerung ihre Meinungen, Interessen und Forderungen artikulieren kann und selber bestimmen wird, wie sie die neue Gesellschaft und Regierungsform ausgestaltet. Es geht um ein bestimmtes, das universelle Demokratiewissen, das nicht zur Diskussion steht. Deshalb stellt Grant Kippen fest: „It would be unimaginable to think, let alone expect, that such knowledge and understanding of democracy would already be inculcated within the population when the formal process began [in Afghanistan] only a scant few years ago.“ (Kippen 2009: 38) In einer klassisch kolonial-paternalistischen Manier wird angenommen, dass bei den Menschen in Afghanistan ein Wissen über Demokratie aus eigener Erfahrung fehlt.

Der Aufbau eines Staatsbürgerbewusstseins geht einher mit der Erschaffung einer Zivilgesellschaft. Von einem Vertreter des Afghan Civil Society Forum (ACSF) in Mazar-e Sharif bekam ich ein Buch geschenkt: *Promoting Democracy in Post-conflict Societies* (Zeeuw/Kumar 2008). Dort steht einleitend: „Reconstruction of postconflict societies requires redefining and reorienting the relationship between the citizenry and political authority, revisiting relationships between different ethnic and social groups, creating a ‚civil society‘.“ (Ebd.: 3) Bei diesem top-down initiierten technokratischen Zivilgesellschaftsaufbau ist in Afghanistan das ACSF ein Vorreiter. Als Ende November 2001 auf dem Petersberg in Bonn angeblich „die politischen Grundlagen für eine Demokratisierung des Landes gelegt“ (Schuck 2010: 28) wurden, tagten nur wenige Kilometer entfernt in Bad Honnef die ersten offiziell nominierten Vertreter*innen der afghanischen Zivilgesellschaft und gründeten unter Anleitung der Schweizer Organisation für Konfliktforschung und praktische Friedensförderung Swisspeace ihren ersten Dachverband, das Afghan Civil Society Forum (ACSF):

„Unter der Leitung von Swisspeace tagte die Afghan Civil Society Conference vom 29. November bis 2. Dezember 2001 in Bad Honnef mit dem Ziel, ein neues Rollenverständ-

nis der Zivilgesellschaft in der Post-Taliban-Ära zu schaffen. Als Motor und Unterstützer des Entwicklungsprozesses und des Wiederaufbaus sollten Nichtregierungsorganisationen gestärkt sowie die politisch informierte und bewusste Bevölkerung zur Teilhabe motiviert werden.“ (Schuck 2010: 28)

Nach dem Verständnis des staatlichen Deutschen Entwicklungsdienstes (DED) ist „[d]as ACSF [...] heute eines der wichtigsten Sprachrohre der Zivilgesellschaft in Afghanistan“ (Schuck 2010: 28). Das ACSF wurde mit dem Ziel geschaffen, „eine Rolle für zivile Akteure in der Umsetzung des Bonner Friedensabkommens zu schaffen“ (Schmeidl 2005: 10). Susanne Schmeidl von Swisspeace erklärt, dass die afghanische Bevölkerung eine proaktive Rolle bei der Umsetzung des Bonner Abkommens einnehmen soll. Das bedeutet, dass durch das ACSF Dialogforen und Schulungen mit „Relevanz für den Bonn Prozess“ (ebd.: 11) durchgeführt wurden. Zu den allerersten Themen der Capacity Building Workshops im Jahr 2002 gehörte „Trade & Private Investment in Afghanistan“ (ACSF-Website: Achievements). Weitere Themen sind „Collaboration between Government and NGOs“, „bridge the gap between community and police forces“, „proactive citizenship“, „voter registration“, „Parliamentary elections“, „liberalism, civil society concept [...] and democracy“, „women’s rights“, „mines in Afghanistan and private investment“, „Peace-building“ und nicht zuletzt „Proposal Writing“ (ebd.). Das ACSF ist ein Organ der Sicherung von Hegemonie auf der zivilgesellschaftlichen Ebene durch die Herstellung von gesellschaftlichem Konsens für das interventionistische Herrschaftsprogramm der von außen gesteuerten Neugestaltung des afghanischen Staates und der Gesellschaft.²⁴ Der künstliche Charakter dieser Anstrengungen kommt in einem Bericht des ACSF zu einem ihrer Capacity Training Programme „Initiative to Promote Afghan Civil Society“, das 2012 startete, zum Ausdruck. Unter „lessons learned“ wird dort formuliert: „We have learnt and believe that it is necessary to acquire the trust of people, which will build a bridge for better cooperation between the people and the civil society.“ (ACSF-Website: Projects) Die Zivilgesellschaft müsse mehr daran arbeiten, das Bewusstsein der Menschen zur Rolle der Zivilgesellschaft zu erweitern, formulieren sie über sich selbst, denn „most of the local population was not familiar with the name of civil society“ (vgl. ebd.). Mehr zu

24 Damit soll nicht gesagt sein, dass diese zivilgesellschaftlichen Strukturen sich nicht auch zunehmend in einer Weise äußern, die einzelne Schritte des westlichen Aufbaus nicht gutheißen und in eine andere Richtung zu lenken beabsichtigen, beispielsweise 2014 mit der „Local Road Maps for Peace“, die von elf Netzwerkorganisationen der afghanischen Zivilgesellschaft und der Afghanistan Independent Human Rights Commission vorbereitet wurde und mit der die weit verbreitete Ablehnung des Friedensprozesses unter dem Afghanistan Peace and Reconciliation Programme (APRP) ausgedrückt wird.

dieser Rolle des ACSF wurde bereits im einführenden Teil des Buches im Abschnitt zur Zivilgesellschaft gesagt. Laura Zanotti hat in ihrer kritischen Auseinandersetzung mit dem Good Governance-Konzept darauf hingewiesen, dass die Vereinten Nationen das „Empowerment“ der Zivilgesellschaft als weit ausgreifende Institutionalisierung sozialer Prozesse und Bestandteil der Errichtung von Staaten unter Good Governance-Programmen begreifen (vgl. Zanotti 2005: 471). „These activities aim at facilitating the building of a number of institutions (NGOs, parties, interest groups, and so on) [...] so that social demands can be channeled, understood, and processed by governing centers.“ (Zanotti 2005: 471)

Mit dem Wissen zu bzw. aus den Analysen und Kämpfen der vier vorgestellten afghanischen Basisorganisationen wird die Überheblichkeit und Ignoranz wie auch der repressive und koloniale Charakter eines solchen pädagogischen und verwaltungstechnischen Verständnisses von Demokratieaufbau deutlich. Es gibt in Afghanistan eine lange Geschichte von Anstrengungen zur Verankerung von Frauenrechten, demokratischen Rechten und sozialer Gleichheit, sowohl von oben insbesondere durch das Königspaar Amanullah Khan und Soraya Tarzi Hanim in den 1920er Jahren – unter anderem wurde die erste Verfassung und zwar mit individuellen Freiheiten und gleichen Rechten für alle eingeführt sowie der Darul-Aman Palast erbaut, um später das erste demokratisch gewählt Parlament zu beherbergen –, als auch von unten durch die linke, demokratische und feministische Organisation und die Kämpfe vor allem in den 1960er und 1970er Jahren. Auch wenn viele der Aktivist*innen aus des basisdemokratischen Bewegungen in den mehr als 30 Jahren Krieg ihr Leben verloren, gab es 2001 und in den Jahren danach Gruppen, die für demokratische Rechte, Frauenrechte, Gleichheit aller Menschen (statt ethnischer, religiöser oder anderer Spaltung), für Menschenrechte und die Aufarbeitung der Kriegsverbrechen eingetreten sind. Diese Gruppen und Einzelpersonen konnten auf eine lange politische Erfahrung zurückgreifen und hatten auch Erfahrung im Aufbau von eigenständigen Strukturen der Bildung, der wirtschaftlichen Versorgung sozial Schwacher, der Recherche und Publikation, der Durchführung von Hilfsprojekten bis hin zu Krankenhäusern, im Aufbau und der Pflege internationaler Kontakte, mit Medienauftritten und nicht zuletzt in der politischen Analyse, Debatte und Positionierung unter harten Konfrontationsverhältnissen. RAWA hatte im November 2001 bereits eine Vertreterin nach Deutschland geschickt, um sich an den Bonner Verhandlungen über die Ausgestaltung und den Aufbau einer neuen Demokratie zu beteiligen. RAWA war dazu bereit und auch gut vorbereitet. Die politische Analystin bei der RAND National Security Research Division (NSRD), Cheryl Benard, hatte RAWA im Jahr 2001 als fähig für die Regierung und den Aufbau Afghanistans eingeschätzt (Benard/Schlaffer, 25.11.2001). Andere sahen RAWA als eine Organisation, die bereits im Exil alle Funktionen einer Regierung ausgeübt habe und nicht wie die meisten der nach Bonn geladenen Vertreter für Menschenrechtsverbrechen verantwortlich waren.

Im Gegenteil, RAWA habe sich um Menschenrechte verdient gemacht, und sei als politische Vertretung von Männern und Frauen gleichermaßen anerkannt gewesen (vgl. Kirisits zit. nach Benard/Schlaffer 2002). Auch der Menschenrechtsaktivist Nader Nadery, der zuvor im Exil in Pakistan ein Büro für Menschenrechtsarbeit geführt hatte, war 2001 nach Bonn gereist, um die neue politische Gestaltung seines Landes mit zu entscheiden. Er schreibt 2011 über die wichtige Übergangsphase 2002-2004:

„In my view, an ample number of qualified Afghans could have served in public office as independent decision makers and would have laid the groundwork for democratic institutions. Instead, we saw the reemergence of conflict – a result of allowing the consolidation of power by former warlords.“ (Nadery 2011: 174)

Die RAWA-Vertreterin wurde noch vor Beginn der Verhandlungen ausgegrenzt. Nader Nadery wurde zusammen mit weiteren demokratischen und die gesellschaftliche Basis vertretenden Delegierten nach wenigen Stunden von den Verhandlungen ausgeschlossen.

Das „Humankapital“ (Kippen) für einen Demokratieaufbau musste nicht erst von außen geschaffen werden. Nicht nur demokratisches Wissen war sehr wohl vorhanden, sondern auch viel Erfahrung mit demokratischem Organisationsaufbau, politischer Bildungsarbeit und politischer Praxis. Doch weder Ende 2001 noch in den Jahren darauf wurde diese afghanische demokratische Basis, die sich unter anderem auch an den Universitäten wieder entwickelte, als eigenständige Größe geachtet und gefördert bzw. einbezogen. Stattdessen wurde auf die islamistisch gesinnten Kriegsfürsten der Nordallianz gesetzt, die mit ihren Posten in der Übergangsregierung, dem System der Strafflosigkeit und ohne die Entwaffnung ihrer Milizen in kurzer Zeit viel wirtschaftlichen Reichtum, Kontrollmacht und Abhängigkeits-(Patronage)systeme für sich gewinnen konnten. Das engte den Handlungsraum für unabhängige, (basis-)demokratische oder/und feministische politische Arbeit und Einflussnahme noch weiter ein. Statt die vorhandenen, basisdemokratisch erhobenen Forderungen ernst zu nehmen und eine tatsächlich durch die Bevölkerung und „von unten“ getragene demokratische Entwicklung zu unterstützen, wurden diejenigen durch die Interventionsstaaten immer weiter gestärkt, die weder vor 2001 noch danach ernsthaft an Demokratie und Frauenrechten interessiert waren. In die Rolle von Demokraten zu schlüpfen, war ein Mittel zu großer Macht, die für diese in der Bevölkerung diskreditierten Figuren vor der Intervention 2001 unerreichbar gewesen wäre.

Das pädagogische Verhältnis zur afghanischen Bevölkerung, um demokratische Staatsbürger*innen auszubilden, ist ein herablassendes. Es fußt auf dem als überlegen gedachten westlichen Modell repräsentativer, liberaler Demokratie, das in kolonialer Manier angesichts einer als unwissend und als bislang nicht befähigt beschriebenen

Bevölkerung von außen und oben installiert werden muss. Dies geschieht mit der Vorgabe von institutionellen Strukturen, mit westlichen Demokratie- bzw. Governance-Berater*innen in den Behörden und Ministerien (Schetter 2006) und mit Schulungen, dem sogenannten Capacity Building.

Alle grundlegenden liberalen Werte werden über Capacity Building geschult: Menschenrechte, Frauenrechte/Gender, Good Governance, Peace Building, Parlamentarismus und Wahlrecht. Auffällig ist, dass ein großer Teil der Angebote unter dem überall präsenten Capacity Building aus den Bausteinen „Proposal Writing“, „Report Writing“ und „Monitoring and Evaluation“ besteht. Damit wird eine reibungslose Abwicklung der umfangreichen Fördermittel gewährleistet. Es werden lokale Umsetzungspartner gebraucht, die die formalen bürokratischen Abläufe erfüllen können. Einer der großen Anbieter für Capacity Building in Afghanistan beschreibt seine Tätigkeit folgendermaßen:

„Through our program activities, we established a foundation of effective and well-managed democratic actors, helped organizations understand their roles and responsibilities managing grants, and strengthened internal management systems required to implement successful programmes.“ (Website von Building Markets)

Dies führt dazu, dass zahlreiche lokale NGOs gegründet werden, die vor allem das Ziel der wirtschaftlich guten Absicherung ihrer Gründer*innen bzw. deren weiteren familiären Netzwerke verfolgen. Ihre Programme werden häufig wechselnd und mit wenig echtem Anliegen an der Sache aufgebaut – jeweils an den größten verfügbaren Fördertöpfen ausgerichtet. Der Schein von liberalem Entwicklungsaufbau, insbesondere im Bereich von Frauenförderung, wird durch passende Anträge, Berichte und Evaluationen gewahrt.²⁵ Die Beschreibung eines Workshops zu Monitoring und Evaluation liest sich, als wäre dieser Zirkelschluss schon mitgedacht und als könne es keine Entwicklung geben, die aus den Geldgeber-Vorgaben herausführt und davon abweicht: „This workshop is designed to control the activities according to the plan. Because these are the tools by which we can recognize that we planned. And we can offer for improvement of the deviations.“ (Website Sanayee Development Organisation (SDO), What we do)

25 Im Sommer 2010 wurden eine unerfahrene Universitätsabsolventin und ein Exilafghane aufgrund ihrer Mehrsprachigkeit für die Durchführung der Evaluation von Frauenprojekten zur Vorlage bei der US-Regierung eingestellt. Alle im Team wussten, dass, sollten sie das Falsche schreiben, eventuell keine neuen Gelder bewilligt werden. Für eine ernsthafte landesweite Evaluation bestehender Projekte war zudem, auch angesichts der erschwerenden Sicherheitslage, mit zwei Monaten bis zur Berichtsvorlage nicht ausreichend Zeit vorgesehen. (Gespräch mit einer Mitarbeiterin, Kabul, Sommer 2010)

Die Organisation Building Markets, die 2012 Capacity Building für afghanische, zivilgesellschaftliche Organisationen aus dem Bereich der Menschenrechtsarbeit anbot, gibt als Referenz an, dass sie in Afghanistan bereits Angestellte von 1556 Wirtschaftsunternehmen in Beschaffungskonzepten und Vertragsabschlüssen mit dem US-Militär fortgebildet haben, was nachweislich zu Hunderten von Verträgen im Wert von 144 Millionen US-Dollar geführt hat (Building Markets: Program-flyer 2012). Auf dem Programm für die Schulung der Menschenrechtsgruppen wird neben „advocacy and media monitoring, building watchdog capacity, engaging with stakeholders, government and donors, networking, best practices in promoting human rights and women’s rights“ (ebd.) auch Folgendes aufgeführt: „grant management, administrative and financial management, compliance, reporting [...] and informal auditing procedures“ (ebd.). Das heißt, die Abwicklung von Förderbeziehungen in den Kategorien, Konzepten und der Sprache der Geldgeber-Organisationen wird bis hinein in Menschenrechts- und Frauenrechtsorganisationen trainiert.

Die Anpassung an diese Begriffe und Formen wird unumgänglich, um dringend benötigte finanzielle Zuwendungen zu erhalten. Mindestens im Sprachgebrauch durchzieht dieses pädagogische Überlegenheitsdenken viele politische und wissenschaftliche Diskurse zum Aufbau in Afghanistan. Das wirkt hinein bis in wirklich sinnvolle und gut intendierte Forschungsprojekte. Ein solches Projekt ist „The State of Transitional Justice in Afghanistan – Actors, Approaches and Challenges“ von Emily Winterbotham (2010) bei der Kabuler Afghanistan Research and Evaluation Unit (AREU). Emily Winterbotham macht im Rahmen der Studie auch die basispolitische Arbeit insbesondere der Transitional Justice Coordination Group (TJCG) sichtbar und fordert Unterstützung für diesen Zusammenschluss von Organisationen, die für Transitional Justice arbeiten. Sie nennt das „efforts to build civil society’s capacity“ (Winterbotham 2010: 31). Diese Forderung nach der Förderung der Fähigkeiten der zivilgesellschaftlichen Gruppen argumentiert ähnlich überheblich und selektiv wie die bereits beschriebenen Beispiele: „Helping Afghans to build their capacity in documentation and collecting and preserving evidence can ensure that this information is not lost if, and when, Afghans themselves are ready to decide what should be done.“ (Winterbotham 2010: 30) Diese Argumentation geht an den Problemen der afghanischen Menschenrechtsaktivist*innen vorbei: Es sind nicht die fehlenden Fähigkeiten, die Dokumentationen behindern, sondern die Verhinderung durch die afghanische Regierung. SAAJS wurde aus diesem Anlass, der Verhinderung der Dokumentation von Massengräbern durch die afghanische Regierung, gegründet. Die Aktivitäten der Victims’ Organizations wie SAAJS und der anderen Gruppen, die zu TJ arbeiten, zeigen deutlich, wie bewusst ihnen die Bedeutung der Dokumentation nicht nur der Massengräber ist, um Beweise für spätere Strafverfahren zu sichern. Auch weit über diese organisierten Gruppen hinaus ist es der Wille des weit überwiegenden Teils der afghanischen Bevölkerung, dass Kriegsverbrecher strafrechtlich verfolgt werden (89,2 %). Dazu hat die

Afghanistan Independent Human Rights Commission (AIHRC) nach ihrer Bevölkerungsbefragung von 2004 in ihrem Bericht (2005) sehr deutliche Angaben gemacht. Demnach gibt es eine weitgehende Einigkeit darin, was getan werden muss. Mehr als 76 Prozent der Bevölkerung sahen in der Strafverfolgung auch die Basis für Sicherheit und Stabilität (vgl. AIHRC 2005).

Die Formulierung „if, and when, Afghans themselves are ready to decide“ (Winterbotham 2010: 30) ist Ausdruck der verbreiteten Diskurse: Die spätere Übergabe in Local Ownership oder „in afghanische Verantwortung“ wurde zum Grundprinzip, das als Leitziel fest in jedes Teilprojekt, wie auch in die große Gesamtstrategie für den Aufbau Afghanistans, integriert wurde. Auf dem Weg dahin wird „geholfen“. Doch während dieser Phase der angeblichen Vorbereitung wurden, wie bereits beschrieben, die Möglichkeiten für demokratische Einmischung zunehmend geringer. Die Kriegsverbrecher der Vergangenheit, viele von diesen islamistische Fundamentalisten, festigten ihre Positionen in gesellschaftlichen Schlüsselpositionen mit Unterstützung der „internationalen Gemeinschaft“. Indem von „den Afghanen“ geredet wird, verschwimmen auch die gesellschaftlichen und politischen Konflikte und Machtverhältnisse, die unter anderem bewirkten, dass ein generelles Amnestiegesetz gegen den breiten Willen der Bevölkerung verankert und der bereits formal durchgesetzte Aktionsplan für Transitional Justice nicht praktisch umgesetzt wurde.

Winterbotham begründet ihre Unterstützungsempfehlung unter anderem mit diesen Worten: „Concerted efforts [of the international community] to build civil society’s capacity, specifically the TJCG, to advocate effectively for transitional justice can help ensure that their voices reach those in power.“ (Ebd.: 31) Demnach wäre eine kompetente Zivilgesellschaft nach der entsprechenden internationalen Aufbauhilfe in der Lage, ihre Anliegen der Regierung mitzuteilen. Auch hier werden die Verantwortlichkeiten verdreht. Nicht die demnach bislang unfähige Zivilgesellschaft ist der Grund für die fehlende Aufarbeitung der Vergangenheit. Die Regierung kennt die Forderungen der TJCG. Sie hat gemeinsam mit der Afghanistan Independent Human Rights Commission (AIHRC) und UN-Vertreter*innen den TJ-Aktionsplan ausformuliert und verabschiedet – und dann nicht umgesetzt. Weder die afghanische Regierung noch die internationale Gemeinschaft hat die Anwendung von Maßnahmen der Transitional Justice gewollt. Transitional Justice wird aktiv blockiert.

Emily Winterbotham kannte den Bericht *Call for Justice* der AIHRC (2005) und die Diskussionen und Stellungnahmen der TJCG und doch schreibt sie: „More understanding is required about what Afghans really need and want. AREU’s research hopes to contribute to the development of this knowledge and inform policymakers about what Afghans themselves mean by ‚justice‘, ‚reconciliation‘ and ‚peace‘.“ (Winterbotham 2010: 31) Das gefragte Wissen wurde bereits dokumentiert. Ihre Aussage macht nur Sinn, wenn allein dem Wissen Relevanz gegeben

wird, das aus Forschungen hervorgeht, die von westlichen Forscher*innen bzw. in einem westlich-institutionellen Rahmen ausgeführt wurden. Emily Winterbotham beabsichtigte trotz bzw. gerade mit dieser Argumentation, die sich in den vorherrschenden Diskursen bewegt, zur Stärkung von kritischen Basisorganisationen und Netzwerken wie der Transitional Justice Coordination Group (TJCG) beizutragen.

Es gibt andere Beispiele für eine bewusste Ausrichtung von Capacity Building Programmen auf die Interessen der Interventionsakteur*innen und deren lokale Partner*innen. Ein solches Programm wird von der in Kabul angesiedelten, unabhängigen Konfliktforschungsorganisation CAPS (Centre for Conflict and Peace Studies) praktiziert. Neben Forschung arbeitet CAPS auch in den Bereichen „education and training“ sowie „capacity building“ (Website von CAPS: About CAPS). Als das primäre Ziel wird genannt: „to build local capacity and work towards establishing long-term peace and stability in Afghanistan and the region“ (ebd.). Dabei hat das Capacity Building zur Erstellung von Konfliktanalysen eine spezifische Ausrichtung: „It [CAPS] works diligently towards building local capacity to produce conflict and threat assessments that will influence the safety and security of the people serving the governments, and international aid organizations.“ (Ebd.) Ausdrücklich ist die Sicherheit derjenigen, die für Regierungen oder für internationale Hilfsorganisationen arbeiten, das Ziel der Befähigungsprogramme und nicht etwa die Sicherheit der afghanischen Bevölkerung.

Angeichts der Kriterien und Abwicklungsvorgaben für Förderbeziehungen lässt sich die grundsätzliche Möglichkeit der Ausgrenzung von RAWA aus einer wissenschaftliche Studie zu Gender und Frauenbewegung beim Demokratieaufbau in Afghanistan (Heinrich-Böll-Stiftung 2006a) mit der Begründung, RAWA sei „ein heikler Entwicklungspartner – man kann ihn nicht einschätzen und keine transparente Beziehung zu ihm aufbauen“ (Moghaddam 2006a: 38), überhaupt nachvollziehen. Bei RAWA wird nicht nur die Unterstützung der Akteure des Interventionsprojektes vermisst. Es werden vermutlich auch die benannten trainierten Fähigkeiten vermisst: Antragstellung, Berichtswesen, Planung, Monitoring und Evaluation in Übereinstimmung mit dem Vokabular und Inhalten der Donor-Organisationen. Bei der Analyse zur afghanischen Frauenbewegung konzentriert sich Sippi Azerbaijani Moghaddam in dieser Studie vor allem auf die „Unmenge von Organisationen, die aufgrund der Verfügbarkeit von Fördermitteln entstanden sind und dem NGO-Auftragnehmermodell folgen, sowie eine Kerngruppe von Frauen-NGOs, die sich auf Projektdurchführung spezialisiert haben“ (Moghaddam 2006a: 36). Doch die Autorin ist nicht zufrieden mit dem Einsatz dieser NGOs für Frauenrechte oder auch von Einzelpersonen, die in prestigeträchtige Positionen befördert werden. Im Fazit ihres Aufsatzes behauptet Moghaddam, dass die Militarisierung in der afghanischen Gesellschaft und die Verbindung zur weit verbreiteten Gewalt gegen Frauen von afghanischen Aktivistinnen nicht thematisiert werden. Das heißt, sie schaut mit einer schematischen Brille und nimmt dabei nicht wahr,

welche feministischen Basisstrukturen in Afghanistan bestehen und schon lange vor den Demokratieförderprogrammen aktiv waren. Ähnlich wie bei Kippin verbindet sich das bei Moghaddam mit einer großen Überheblichkeit und vermeintlich notwendigen pädagogischen Ansätzen durch die erfahrenen Akteur*innen des Westens. „Es ist höchste Zeit, dass afghanische Frauen sensibel angeleitet und ermutigt werden [...] endlich eine Strategie zu verfolgen, die auf echte Veränderungen in Geschlechterfragen zielt.“ (Moghaddam 2006a: 45)

Die beschriebene paternalistische Pädagogisierung ermöglicht den Interventionsstaaten eine entsprechend anschlussfähige Argumentation für das Scheitern des Staats- und Friedensaufbaus und den Rückzug aus dem Land. „Die Afghanen“ waren danach nicht in der Lage, die Ideen der liberalen, demokratischen Gesellschaft umzusetzen.

„Da die intervenierenden Mächte [...] mit einer Wirklichkeit zu kämpfen haben, in der es unmöglich scheint, ehrgeizige Ziele in kurzer Zeit zu erreichen, [...] – in einer solchen Lage ist den intervenierenden Mächten auch eine gerade noch ausreichende Regierungsführung recht. Im Besonderen gilt dies für Menschenrechte, die Emanzipation der Frauen sowie den Schutz bestimmter Lebensstile und von Minderheiten.“ (Daxner 2014: 5)

Der Pädagogisierung der afghanischen Gesellschaft durch die Interventionsakteur*innen mit der Absicht, diese zu „einer gerade noch ausreichenden Regierungsführung“ zu befähigen, steht der Auseinandersetzung einiger der afghanischen Basisorganisationen mit der Bedeutung des im Land vorhandenen Wissens, von Denker*innen und Poet*innen gegenüber. Die Poet*innen, Denker*innen und Intellektuellen des Landes werden von den Aktivist*innen in einer emanzipatorischen Verantwortung gesehen.

Vor allem RAWA und Hezbe Hambastagi betonen, dass es afghanische Denker*innen und Poet*innen gibt, die für eine lange Geschichte des Einsatzes für die Gesellschaft stehen. Die Intellektuellen seien von großer Bedeutung für die selbstbestimmte Entwicklung der afghanischen Gesellschaft. Sie hätten eine gesellschaftliche Verantwortung für eine Veränderung der Gesellschaft, denn sie können mit ihrem Schreiben viel bewegen. RAWA redet von der Wahrheit, der sich die Intellektuellen verpflichten sollten. Denn Lügen würden solange über alle Medien wiederholt, bis sie wie eine Wahrheit dastehen. Unter Wahrheit versteht RAWA dabei das Wissen über die begangenen Verbrechen gegen die einfachen Menschen und auch das Wissen über die Gleichheit aller Menschen anstatt „der Lüge“ ethnischer Unterschiede. Es geht um Wissen für Gerechtigkeit, Frauenbefreiung und Würde. Deshalb kritisiert RAWA, wenn afghanische Expert*innen ihr Rückgrat verlieren und die Strategien der Interventionsmächte und der Regierung als den einzig möglichen Weg zum Frieden darstellen. „You, and others like you with big academic titles, know the truth and deny it, therefore you are criminals, educated traitors who

act as the fifth pillar of the US in Afghanistan,“ schreibt RAWA über diese afghanischen Intellektuellen (RAWA-Erklärung, 17.01.2013). Der Kampf mit dem Stift, mit politischen Texten und Gedichten, sei gerade angesichts der Situation im Land besonders wichtig. Als Ziel wird dabei formuliert: „raising people’s awareness and mobilizing them for pro-independence, pro-democracy and anti-fundamentalism struggle“ (RAWA-Erklärung, 08.03.2010). In der Vergangenheit hätte es viele Denker*innen und Poet*innen gegeben, die an der Seite der Bevölkerung geschrieben haben.

Auch SAAJS und AHRDO nehmen Bezug auf die Denker*innen und Poet*innen ihres Landes. Auf Demonstrationen von den Opfern der Kriegsverbrechen, die SAAJS organisiert, wird auf diese Denker*innen als historische, wahrheitsliebende Helden verwiesen, die für Rechte und Freiheiten eingetreten sind. AHRDO zitiert, beispielsweise im Theaterstück *Infinite Incompleteness*, bekannte afghanische Gedichte, die das Leiden, aber auch Hoffnungen auf Veränderungen zu einer besseren Gesellschaft vermitteln.

RAWA schätzt auch das Wissen der gewöhnlichen Menschen auf der Straße hoch. Die gewöhnlichen Menschen, sagen die RAWA-Vertreterinnen, wissen Bescheid über die wirklichen Probleme, sie kennen die Geschichte der Regierungsmitglieder. Die komplizierten Bücher in schwierigem Englisch an der American University in Kabul dagegen würden die Wahrheit umgehen. „It is much more clear what people at the street tell and know. They know about the past crimes of warlords. They know about the history of the people in the government. But the books don’t know, this knowledge is not there.“ (Rena, RAWA, Interview in Kabul, 01.10.2012). Eine Vertreterin von SAAJS äußerte einen ähnlichen Gedanken, dass intellektuelle (Aus-)Bildung nicht zum Verstehen beitrage, sondern die gebildete Elite leichter korrumpiert würde:

„[T]hese [middle class] people don’t understand; being educated and able to speak English doesn’t make people able to understand things. For the purpose of controlling a population or being an imperial power, politicians are very smart and they know you can do that effectively by seizing the youth and seizing the educated elite.“ (SAAJS im Gespräch mit Maya Evans, Kabul, 31.12.2011)

Es geht den Aktivist*innen von SAAJS um ein Verstehen der eigenen Geschichte, der gesellschaftlichen Bedingungen und Konflikte. Es geht ihnen auch um ein Wissen für eine gesellschaftliche Entwicklung, die im Einvernehmen mit den gewöhnlichen Menschen stattfindet und an Gerechtigkeit, Gleichheit, Frauenrechten, Selbstbestimmung, Freiheit und Würde orientiert ist. In diesem Sinne wird das klare Verständnis der gewöhnlichen Menschen hoch gewertet: „The families of a victim are not silly, they say that if we didn’t have these criminals in the Afghan government, who are supported by NATO and US, then these warlords wouldn’t have the power to

continue committing those crimes.“ (Ahmad, SAAJS, ebd.) Der Community Leader Dawoud aus dem Armutsviertel Shar-e Kona von Kabul teilt im Workshop, den ich zu den Themen Kritik der Theorie des liberalen Friedens und Dekolonialisierung von Forschung durchführte und der in seinem Wohnzimmer stattfand, mit:

„Es gibt ein großes Wissen bei den einfachen Leuten. In meinem Dorf beispielsweise, wissen die Leute sehr viel. Sie wissen auch, dass es besser ist, wenn die Tochter den heiraten kann, den sie liebt. Aber andere verstehen das nicht und haben solche Mädchen schon getötet.“ (Dawoud, Gesprächsnotizen vom Workshop, Kabul, 08.10.2012)

In einer ihrer ersten Erklärungen zu ihrer ersten Demonstration am Internationalen Tag der Menschenrechte hatte SAAJS, die sich damals noch „Group of Victim’s Families“ nannte, geschrieben: „[P]eople of Afghanistan are fond of justice like rest of the world and without justice, they call any kind of ‚democracy‘ defective and false.“ (Group of Victim’s Families, 10.12.2007)

KONTROVERSE 3: FRIEDENSPROZESS ALS POWERSHARING VS. KEIN FRIEDEN OHNE GERECHTIGKEIT

Der Staatsaufbau in Afghanistan zielt darauf, alle vormals machtvollen und bewaffneten Führungspersonen und Organisationen aus der Geschichte der letzten Jahrzehnte an der neuen Macht zu beteiligen. Es wird als Erfolg eines Friedensaufbaus verstanden, wenn diese Gewaltakteure nun zu politischen Akteuren werden. Dabei soll die politische Macht möglichst zwischen allen ehemaligen oder möglichen Gewaltakteuren aufgeteilt werden, keine Fraktion soll alleine dominieren können. Die Integration aller Führer der Fraktionen in der neuen politischen Struktur soll verhindern, dass Fraktionen den Aufbau von außen bewaffnet angreifen (vgl. Ruttig 2012: 6). „[S]tability required the participation – or appeasement – of all powerful factions, and [...] there was a genuine risk of civil war if these leaders were not granted positions of power.“ (ICTJ/Gossman 2009: 21-22) Es wurde auch der Begriff „broad-based government“ in UN-Resolutionen und beim Bonner Afghanistan Gipfel dafür benutzt (Ruttig 2012: 9). Bei den Kompromissen während der Integration der Führungsriege der Gewaltakteure, die in der Mehrzahl auch Kriegsverbrecher sind, wurden demokratische Akteure zunehmend verdrängt. „Today, the coalition of the old warlords and the newcomer faction around Karzai constitute Afghanistan’s neo-oligarchy that is not interested in democratic institutions, procedures and democratically minded people [...]“. (Ebd.: 10)

Weil von Beginn an die militärische Intervention und der Staatsaufbau in Afghanistan auf die Führer von Organisationen, insbesondere der Nordallianz,

setzte, deren schweren Menschenrechtsvergehen und Kriegsverbrechen bekannt waren, wurde Transitional Justice zu einem Tabu-Thema. In den ersten Jahren der Übergangsregierung wurde von erfahrenen UN- wie auch US-Repräsentant*innen vertreten, dass es zu früh sei, um mit der Vergangenheit umzugehen. Von der Vergangenheitsaufarbeitung könne eine Destabilisierung ausgehen, denn auch gegen die Kooperationspartner würde dann ermittelt (vgl. ICTJ/Gossman 2009: 21). Stabilität würde durch Rechenschaftspflicht unterhöhlt, so das Argument der internationalen Akteure, die den Staatsaufbau steuerten (vgl. Gossman/Kouvo 2013: 19). Deshalb sei die bevorzugte Strategie der internationalen Gemeinschaft wie auch der afghanischen Regierung im Umgang mit den vergangenen und auch gegenwärtigen Menschenrechts- und Kriegsverbrechen, diese unter den Teppich zu kehren (vgl. Kouvo 2012: 41). „[F]rom the beginning of Afghanistan’s state-building effort at the end of 2001, the principal stakeholders – the Afghan government, the United Nations (UN) and the United States (US) – argued that stability took precedence and that transitional justice must wait.“ (Gossman/Kouvo 2013: 2) Diese Haltung wurde über die weiteren Jahre hinweg nicht verändert. Das allgemeine Amnestiegesetz, das im Widerspruch steht zu internationalem Recht wie auch zur Afghanischen Verfassung, wurde zwar zu Beginn der diesbezüglichen Initiative international kritisiert. Als es schließlich als rechtsgültiges Gesetz veröffentlicht war (2009), wurde es jedoch akzeptiert. Dafür gab es einen Grund: Das Amnestiegesetz bildet seit Anfang 2010 die Grundlage des nächsten großen Schrittes in der Integration und dem Power-Sharing der Gewaltakteure: dem Afghanistan Peace and Reconciliation Programme (APRP). Der Auftakt dazu wurde gemeinsam mit allen internationalen Interventionsakteuren auf der Londoner Afghanistan Konferenz Ende Januar 2010 gemacht.

Das Bonn Agreement war kein Friedensvertrag zwischen Konfliktparteien, die Taliban gehörten nicht zu den Unterzeichnern und waren auch nicht zu Verhandlungen eingeladen worden. Doch im Jahr 2010, als die Taliban und andere bewaffnet gegen den Staatsaufbau kämpfenden Gruppen an Stärke und Einfluss gewonnen hatten, wurde ein Verhandlungsprozess mit dem Ziel der Versöhnung, Integration und politischen Machtbeteiligung offiziell angesetzt, nachdem vorher bereits inoffizielle Gespräche geführt worden waren. Dieser Verhandlungsprozess wurde international unterstützt, 2010 durch zwei internationale Konferenzen bekräftigt und auch finanziell abgesichert. Diese Verhandlungen, die als Versöhnungs- und Friedensprozess bezeichnet werden, werden abgetrennt von einem Prozess der Transitional Justice behandelt. Sie basieren eher auf einer Sicherheitsagenda (vgl. Gossman/Kouvo 2013). Stabilität und Gerechtigkeit werden als zwei entgegengesetzte Pole behandelt.

Die vier afghanischen Basisorganisationen AHRDO, RAWA, SPA und SAAJS stimmen alle überein in der Zurückweisung der Straflosigkeit für Kriegs- und schwere Menschenrechtsverbrechen sowie der Ablehnung der Besetzung von zentralen politischen Machtpositionen mit bekannten Verbrechern. Auch die ge-

plante Machtbeteiligung der Taliban wird eindeutig abgelehnt, der sogenannte Friedens- und Versöhnungsprozess (APRP) massiv kritisiert. Dieses äußerst sensible Thema der Aufarbeitung der Kriegsverbrechen steht im Zentrum basispolitischer Auseinandersetzungen; es ist ein Kristallisationspunkt für alle darüber hinausgehende Kritik am Aufbauprozess seit Ende 2001. Ein Ausdruck, dass diese Haltung gegen die Straflosigkeit ein in der afghanischen Bevölkerung sehr weit verbreitetes Anliegen darstellt, ist – neben dem Bericht *A Call for Justice* der Afghanistan Independent Human Rights Commission (AIHRC 2005), der auf der Bevölkerungsbefragung von 2003-2004 beruht – vor allem auch die *Road Maps for Peace*, die 2014 von elf Netzwerkorganisationen der afghanischen Zivilgesellschaft und der Afghanistan Independent Human Rights Commission (AIHRC) an die Regierung überreicht wurde. Mit diesen Road Maps, die in einem landesweiten Dialogprozess unter Beteiligung von 4648 Männern, Frauen und Jugendlichen aus allen 34 Provinzen erarbeitet wurde, beabsichtigen sie, dass – anders als bislang – jede Initiative für einen Friedensprozess auf den Visionen aufbaut, die in der Breite der Gesellschaft, bei den gewöhnlichen Menschen bestehen. Es wird gefordert, dass eine breite Beteiligung aller Teile der Gesellschaft und insbesondere der Jugendlichen am Friedensprozess gewährleistet werden muss. Der Bericht stellt einen generellen Konsens als Ergebnis des Dialogprozesses fest, dass die Straflosigkeit nicht fortbestehen soll für diejenigen, die in der Vergangenheit schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen begangen haben (vgl. *Afghan People's Dialogue on Peace* 2014: 1). „People strongly recommended that those who have been accused of committing war crimes and crimes against humanity should be excluded from the peace process.“ (Ebd.: viii)

Im Jahr 2007 wurde absehbar, dass der offizielle Weg zu Maßnahmen der Transitional Justice über die Afghanistan Independent Human Rights Commission (AIHRC), die mit UN-Vertreter*innen und der Regierung den „Action Plan of the Government of the Islamic Republic of Afghanistan: Peace, Reconciliation and Justice in Afghanistan“ ausgehandelt und festgelegt hatte, praktisch gescheitert ist. Massengräber wurden nicht untersucht, das Amnestiegesetz wurde stattdessen entworfen. Seither organisieren sich die Victims' Families gegen die Haltung „past must be forgotten“ (Group of Victims' Families/SAAJS-Resolution, 10.12.2007). Am Internationalen Tag der Menschenrechte im Dezember 2007 erklärten sie, dass die Menschen in Afghanistan eine Demokratie, in der es keine Gerechtigkeit gibt, als defekt und als falsche Vorspielung begreifen. Die Menschen in Afghanistan lieben Freiheit und Gerechtigkeit wie der Rest der Welt (vgl. ebd.). Seit diesem Tag fordert die Social Association of Afghan Justice Seekers (SAAJS):

„1. We want the urgent removal of all criminals [...] from their government posts. 2. We want the prosecution of all war culprits [...]. 3. We want investigation [...] 6. We request to

have a memorial monument [...] 8. Let's unite to make our voice louder and dominant!" (Jede SAAJS-Erklärung)

Die Victims' Jirga for Justice von 2010, mit Vertreter*innen aus allen Teilen und sozialen Gruppen des Landes, mitorganisiert von SAAJS und der künstlerischen Organisation AHRDO, hat sich deutlich und öffentlichkeitswirksam gegen den Regierungsplan der Versöhnung und Machtbeteiligung der Taliban, zudem ohne eine Rechenschaftspflicht für begangene Verbrechen, gestellt. „Without justice, there will be no durable peace in Afghanistan“, war die zentrale Message dieser Versammlung. Die Victims' Jirga wurde als Forum für die Ideen der vergessenen Mehrheit in der Debatte um Versöhnung verstanden (Transitional Justice Coordination Group, Statement, 10.05.2010). Die AIHRC-Erhebung (2005) hatte belegt, dass die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung eine Straflosigkeit ablehnt. Über 90 Prozent unterstützten die Entfernung von Kriegsverbrechern aus staatlichen Ämtern. In der juristischen Verfolgung wurde ein wichtiger Schritt zur Versöhnung gesehen. Strafrechtliche Maßnahmen gegen Kriegsverbrecher würden zu Stabilität und Sicherheit beitragen, so schätzten es 76,4 Prozent der Befragten ein (vgl. AIHRC 2005: 17).

Als wenige Tage nach dem Auftakt des Versöhnungsprojektes (APRP) der UN-Sonderbotschafter in Kabul bekanntgab, dass einige Namen führender Vertreter der Taliban und der Hizbe-Islami (von Gulbuddin Hekmatyar) von der UN Blacklist gesuchter Terroristen gestrichen werden – das galt als vertrauensbildende Maßnahme – kommentierte eine afghanische Tageszeitung:

„The latest move by the UN means that the world high-respected body is heading to forgive the criminals without considering public views in Afghanistan. The UN Security Council is set to review the list of those extremists who were irreconcilable enemies of our properties, lives and freedom.“ (Mandegar Daily, 14.06.2010)

Die Victims' Organizations vertreten, dass ohne Gerechtigkeit kein Frieden und keine Stabilität zu erreichen sind. Nicht die Regierung oder die UN, sondern allein die Familien der Opfer haben das Recht, den Tätern zu vergeben (vgl. TJCG-Erklärung, 01/2010). Doch die Opfer bzw. die Angehörigen sind in den Regierungs-Versöhnungsprozess nicht einbezogen. Die Frage von Gerechtigkeit wird nicht behandelt, denn die generelle Amnestie bildet das Fundament des APRP. Weeda Ahmad, die Direktorin von SAAJS sagt im Interview: „One thing needs to be remembered: If they adopt peace with Taliban and Taliban come to Afghanistan [government], then you will never see peace in Afghanistan.“ (Ahmad, Direktorin SAAJS, Interview, Kabul, 08.07.2010). Für Frieden sei die Entfernung der Verantwortlichen für Kriegs- und schwere Menschenrechtsverbrechen von hochrangigen Positionen im Staat entscheidend.

In den Augen der Feministinnen von RAWA begeht Präsident Karzai mit seiner Einladung an die Taliban und die Hekmatyar-Gruppe einen Betrug an der afghanischen Bevölkerung. Er regiere gegen die Menschen seines Landes:

„[H]e initially compromised with all the murderers associated with April 27th 1978 (former Russian puppets) and April 28 1992 (the Northern Alliance warlords) and installed them in key posts of his government. [...] Now, he calls the Taliban and Hekmatyar party terrorists ‚Afghan sons‘ and tries to either share power with them, or offer them the opportunity of asylum and amnesty to their leaders [...]“ (RAWA-Erklärung, 01.06.2010)

Mit der Einbeziehung der Taliban und der „Gulbuddini murderers“ (RAWA-Erklärung, 08.03.2010; Bezug auf Gulbuddin Hekmatyar) wird, nach dem Verständnis von RAWA, die fremdbestimmte Situation noch tödlicher. „If plans for talks with the Taliban is realized, it will be tantamount to tightening the grasp of brutal fundamentalists around the necks of our mournful people“, erklärte RAWA bereits im April 2007 in einem Brief an die UN (RAWA, 28.04.2007). Vor allem für die Frauen würde sich eine bereits unerträgliche Situation mit diesen extremen Frauenfeinden in staatlichen Schlüsselpositionen weiter verschärfen, zumal den Taliban zwei für Frauenrechte bedeutende Institutionen, das Justizministerium und das Oberste Gericht, angeboten wurden (vgl. RAWA-Erklärung, 08.03.2013). Die Gewaltakteure würden alle vereint, damit könne eine koloniale Politik bequem praktiziert werden (vgl. ebd.). Diese repressive, blutige Herrschaft in Afghanistan würden die USA einer unabhängigen, pro-demokratischen und Frauenrechte stärkenden Regierung vorziehen (vgl. RAWA-Erklärung, 01.06.2010). Die Taliban und die Hekmatyar-Gruppe sollten nicht politisch beteiligt, sondern vor Gericht gestellt werden, wie auch die Vertreter der Nordallianz, fordert RAWA (vgl. RAWA-Erklärung, 08.03.2010). Diese Forderung hatte RAWA bereits im Dezember 2001 erhoben, damals vor allem in Bezug auf die Nordallianz.

Auch die Solidaritätspartei argumentiert, dass die Unterstützung der politischen Einbeziehung von Taliban und Hezbe Islami/Hekmatyar zeige, dass „[t]he fate of our anguish and poor people has not a tiny value for America and allies, and puts it upon her colonial policy in every stage“ (SPA-Erklärung, 01.08.2010). Nachdem ein Jahrzehnt lang durch Luftbombardierungen Tausende Zivilisten getötet worden sind, geben die USA nun bekannt, dass sie mit den Taliban nicht im Krieg sind. Denn nun soll die Macht auch mit den Taliban geteilt werden (vgl. SPA-Erklärung, 08.03.2013). Nach und nach werden immer mehr und immer schlimmere Verbrecher in die Regierungsmacht befördert (vgl. SPA-Erklärung, 01.08.2010).

Vor allem seit April 2012 hat die Solidaritätspartei die Forderung nach Entfernung der Kriegsverbrecher aus der Regierung und die Einleitung von Strafverfahren gegen diese zu einer wichtigen Kampagne gemacht. Eine erste starke Demonstration am 30.04.2012 mit dieser Forderung und den mitgeführten Portraits

der Verantwortlichen für schwerste Verbrechen, auf denen abschließend herum getrampelt wurde, wurde als enorme Provocation aufgenommen. Blasphemie-Vorwürfe und Versuche, die Partei zu verbieten, waren die Reaktionen.

„The dealers of ‚Jehad‘ and religion brokers who see the blazing flame of justice-seeking by the victims of their own atrocities as a new threat to their mafia domination, now seem frightened by slogans of ‚Down with Criminals‘ filling the streets of Kabul“ (SPA-Erklärung, 07.05.2012).

Wenige Monate darauf organisierten die Studierenden der Kabuler Universität einen Streik und blockierten viele Tage lang das Parlament, um die Umbenennung der Universität nach einem Kriegsverbrecher und führenden, reaktionären Islamisten der Nordallianz zu verhindern. Zu ihren Aktivitäten luden sie die Solidaritätspartei ein.

Seit Beginn der Theaterarbeit von AHRDO standen die Witwen und andere Opfer der Kriege im Mittelpunkt der künstlerischen Arbeit zur Erinnerung und zum Ausdruck der Erfahrungen mit Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen. Die Selbstorganisation der Betroffenen wurde durch die Theaterworkshops mit initiiert. AHRDO beteiligt sich an den Aktivitäten der Transitional Justice Coordination Group, unter anderem an der Durchführung von zwei Victims' Jirgas und dem Aufbau von landesweiten Netzwerken für die Kämpfe für Gerechtigkeit, für den Aufbau einer Erinnerungskultur und gegen die Straflosigkeit.

AHRDO begreift sich an der Seite derjenigen, die geliebte Menschen verloren haben und marginalisiert werden mit ihrer Perspektive: ihren Erfahrungen, Leiden, Bedürfnissen und Forderungen nach Wahrheitssuche, Wiedergutmachung und Gerechtigkeit. Die Perspektive der Opfer sei entscheidend für einen Friedensprozess, betont der Direktor von AHRDO, Hadi Marifat (vgl. Marifat 2013). Die Angebote an die Taliban für eine Beteiligung an einem Friedens-/Aushandlungsprozess beschreibt er als Bestechungshandlungen in die Richtung derjenigen, die daran arbeiten einen Frieden zu verhindern (vgl. ebd.). Stattdessen könnten die Taliban nach Den Haag gebracht werden, um sich vor den Internationalen Strafgerichtshof zu verantworten. Alle bisherigen Maßnahmen zur Herstellung von Stabilität – die hohe Militärpräsenz über viele Jahre, die politische Integration von Kriegsverbrechern und schließlich die Angebote an die Taliban zur Machtbeteiligung – seien in Bezug auf das Ziel der Stabilität erfolglos verlaufen (vgl. ebd.). AHRDO hat an der Ausarbeitung der Erklärungen des Bündnisses Transitional Justice Coordination Group (TJCG) mitgearbeitet, die anlässlich der internationalen Kabul Konferenz (Juli 2010) zur Bestätigung des Afghanistan Peace and Reconciliation Programms (APRP) zur Verhandlung mit den Taliban und anderen bewaffneten, regierungsfeindlichen Gruppen herausgegeben wurde. Frieden vor Gerechtigkeit zu stellen sei kurzfristig und schädlich, wird dort erklärt (vgl. TJCG-

Erklärung, 13.07.2010). Wenn Gerechtigkeit auf dem Weg zum Frieden ignoriert werde, trage das nicht dazu bei, Frieden zu schaffen. Stattdessen fördere das unaufhörliche Unsicherheit, Krieg und Gewalt, denn Ungerechtigkeit sei eine der Ursachen des seit Jahrzehnten nicht endenden Krieges (vgl. ebd.). Bereits einige Monate zuvor hatten die TJCG sich mit dem Slogan „Do Not Sacrifice the Victims: Justice, a Prerequisite for Lasting Peace“ (TJCG-Erklärung, 23.01.2010) an die Teilnehmer*innen der Afghanistan Konferenz in London gewandt. Die zentrale Aussage der TJCG-Erklärung vom Januar 2010 ist, dass die Kultur der Straflosigkeit beendet werden muss, damit ein dauerhafter Frieden entstehen kann. Unter anderem wendet sich das Bündnis von 26 Organisationen, die zu Transitional Justice in Afghanistan arbeiten, an die Internationale Gemeinschaft mit der Aufforderung, die Beziehung zwischen Straflosigkeit und den sich immer weiter wiederholenden Menschenrechtsverletzungen anzuerkennen.

KONSEQUENZEN

Nach der Ausarbeitung dieser Kontraste und Kontroversen folgt eine Auseinandersetzung mit der bestehenden akademisch-theoretischen Kritik an der Theorie und Praxis des liberalen Friedens. Ich diskutiere zunächst drei Autor*innen, die aus ihrer Kritik an der Praxis des liberalen Peacebuilding Konsequenzen ziehen, die darauf zielen, an der Idee von Interventionen für liberalen Frieden festzuhalten: Florian Kühn, Michael Barnett und Shahrbanou Tadjbakhsh. Bei Kühn und Tadjbakhsh beziehe ich mich auf deren Forschungen zum Peacebuilding in Afghanistan. Mit jeweils verschiedenen Schwerpunkten werden von allen drei Autor*innen Vorschläge gemacht, wie die Umsetzungspraxis der Interventionen verbessert werden müsse. Tadjbakhshs Text steht dabei für den Ansatz eines „emanzipatorischen“, sozialen Peacebuilding. Anschließend stelle ich die Argumente von Kritiker*innen vor, die liberalen Frieden und Peacebuilding als kolonial, imperialistisch und ein Projekt des Krieges begreifen. Ich beziehe mich vor allem auf Vivienne Jabri, John Heathershaw und Laura Zanotti. Diese reagieren mit ihrer Kritik auch auf die Kritiker*innen liberalen Friedens, die an Interventionspolitik im Namen der Menschenrechte und globaler Sicherheit festhalten.

Zuletzt begründe ich mit Bezugnahme auf Meera Sabaratnam, warum eine dekolonialisierende Kritik des liberalen Friedens mehr erfordert als allein die Kritik an der Illiberalität oder auch der Kolonialität von liberalem Peacebuilding. Mit dieser Erläuterung der kritischen Debatten wird gezeigt, dass die Kritik des liberalen Peacebuilding in der Regel auf das Aufwerfen von Fragen zur dominanten, eurozentrischen, epistemischen Handlungsmacht und zur Geopolitik des Wissens (Mignolo 2011; 2012), verzichtet. Alternativen zur Perspektive liberaler, west-

licher Akteur*innen zu suchen ist bislang die Ausnahme, auch bei den Kritiker*innen. Epistemologie und Methodologie bleiben in der Regel eurozentrisch und kolonial, „in an unwillingness to attempt the use of other embedded epistemological standpoints to act as a counterpoint [...] to the dominant narrative of global ‚liberalism‘ or ‚neoliberalism‘ [...]“ (Sabaratnam 2011b: 249). Damit wird das koloniale Fundament von Forschungen zu Theorien, Konzepten und Praxis der Weltpolitik, diese bestätigend oder auch kritisierend, weitergeführt.

BESSER UND EFFIZIENTER INTERVENIEREN?

Liberaler Frieden ist ein umstrittenes Projekt. Dies gilt vor allem angesichts der Ergebnisse von liberalen Friedensinterventionen, die weit von der zugrundeliegenden Annahme einer Stabilisierung durch Demokratisierung abweichen. Die Kritik an der Theorie des liberalen Friedens und der Umsetzungspraxis (u.a. Richmond 2005, Pugh 2005; Chandler 2006b, Duffield 2007; Paris 2007; Geis/Müller/Wagner 2007; Mac Ginty/Richmond 2009; Chandler 2010; Richmond 2010a; Campbell/Chandler/Sabaratnam 2011; Debiel/Held/Schneckener 2016) zielt auf zahlreiche Aspekte: unter anderem in Bezug auf die Auswirkungen auf Souveränität und Autonomie, die Festigung westlicher Macht über den globalen Süden, die gesteigerte Verletzlichkeit durch liberale Marktwirtschaft und die Förderung gesellschaftlicher und politischer Konstellationen, die weitere Gewaltkonflikte wahrscheinlich machen (vgl. Sabaratnam 2011a), der Paternalismus externer Akteure, das Aufzwingen von Normen, die Koordinierungsprobleme der internationalen Akteure und die kausale Verkettung von Frieden, Good Governance, Staatlichkeit, Demokratie und Marktwirtschaft (vgl. Schneckener 2016). Die kritische Debatte des liberalen Friedens und Peacebuildings ist umfangreich und umfasst noch weitere Aspekte als die genannten. Hier ist vor allem relevant und interessant, dass sich hinter den aufgeworfenen Kontroversen ein weitgehender politischer Konsens verbirgt: Wie die Befürworter*innen, so sind auch die Kritiker*innen des liberalen Friedens häufig bestrebt, den als notwendig erachteten internationalen Interventionismus im Namen des Friedens- und Staatsaufbau zu fördern oder zu verbessern (vgl. Campbell/Chandler/Sabaratnam 2011: 4-5).

Die meisten Kritiker*innen arbeiten mit daran, die Möglichkeit von Interventionen für umfassende politische, ökonomische, soziale bzw. sozialtechnokratische Umgestaltungen in Zukunft zu erhalten. Dafür muss die Praxis verbessert werden. Universalisierte liberale Annahmen und Modelle des Friedensexports werden hinterfragt und unter anderem als „McDonaldization of peacebuilding“ (Schmeidl 2008: 76) kritisiert. Eine größere Kontextsensitivität, die Respektierung lokaler Unterschiede und Alltagshandlungen sowie entsprechend angepasste „hybride“

liberal-lokale Friedenskonzepte (vgl. Richmond 2010) werden vorgeschlagen. Andere Autor*innen empfehlen, den Aufbau von staatlichen Institutionen zeitlich vor destabilisierend wirkenden Marktliberalisierungen durchzuführen (vgl. Paris 2007) oder weniger ambitioniert vorzugehen und bestmögliche Ergebnisse mit lokalen Eliten auszuhandeln (vgl. Zürcher 2011; Barnett 2008).

Kristoffer Lidén teilt diese „generation of ‚revisionist analyses‘“ (Lidén 2009: 620) des liberalen Peacebuilding in drei Kategorien ein: Neben „re-liberal“ und „multicultural“ macht er die Kategorie der „social“ Peacebuilding-Ansätze auf. Alle diese Ansätze würden im Einklang mit dem Liberalismus stehen und Verbesserungen für äußeres Eingreifen anstreben statt Interventionen zu verwerfen. „Even the harshest criticisms of liberal peacebuilding rarely end in outright prescriptions of non-interference.“ (Lidén 2009: 620) David Chandler spricht von einer Ironie, da selbst die Misserfolge des liberalen Peacebuilding noch so ausgelegt werden, dass damit die Notwendigkeit von Demokratie-Export gerechtfertigt wird.

„The irony is that the shortcomings of this approach are rarely seen as inherent of limitations of the framework of exporting and ‚imposing‘ democracy. The international policymakers engaged in democracy-promotion state-building, in fact, seem to see their limited success as evidence of the difficulties of bringing democracy to non-Western states, and in this sense justifying their work.“ (Chandler 2006: 494)

VOM SIMULIERTEN LIBERALEN FRIEDEN ZUM GEWALTMONOPOL MIT SIMULIRTER SOZIALER LEGITIMITÄT

Ich greife zunächst den am meisten diskutierten Aspekt der Kritik am liberalen Frieden auf: Die Ergebnisse der militärischen Intervention mit liberalem Peacebuilding widersprechen den liberalen Zielen und Werten, der Ausgang ist illiberal. Das wird in Bezug auf Afghanistan unterschiedlich beschrieben, jedoch in den meisten Analysen nicht abgestritten. Ähnliche, von den proklamierten Zielen grundsätzlich abweichende und gegensätzliche Ergebnisse sind auch in vielen anderen Gebieten des liberalen Friedensprogramms zu beobachten. Die äußere Einmischung, Steuerung und die konkret verfolgten Strategien liberalen Friedens sind nicht nur dysfunktional für die als Ideal von deren Vertreter*innen formulierten Ziele. Sie fördern weder Menschenrechte, Frauenrechte, soziale Absicherung noch Demokratisierung, die mehr als ein äußerer Schein sind – Oliver Richmond spricht vom simulierten oder auch virtuellen Frieden (vgl. u.a. Richmond 2008a). Auch Gewalt wird nicht verhindert und Sicherheit oder Stabilität werden nicht erreicht.

Florian Kühn, den ich herausgreife, hat sich mit den Gründen für die Diskrepanz zwischen erklärten Zielen und Ergebnissen des Statebuilding in Afghanistan beschäftigt (vgl. Kühn 2010; Bliesemann de Guevara/Kühn 2010). Er sieht das Problem in der unrealistischen und selbstüberschätzenden Zielsetzung der liberalen, westlichen Staaten. Andere Gesellschaften nach dem eigenen Vorbild gestalten zu wollen, schaffe eine Überforderung der intervenierenden Akteur*innen und insbesondere des Militärs. Deshalb empfiehlt er, Interventionen in Zukunft realistischer und bescheidener zu planen. Sie müssten erfolgreich beendet werden können. Kulturrelativistisch argumentiert er, dass angesichts der sehr anderen Geschichte und Tradition in Afghanistan dort auch eine Herrschaftsform akzeptabel sein müsse, die nicht dem Ideal liberaler Staatlichkeit entspreche. Der Erfolg von militärischen Interventionen dürfe nicht an das Erreichen des westlich-liberalen Ideals des Staates gekoppelt sein. Wichtig sei, dass ein Gewaltmonopol hergestellt werde und eine Einbindung in die westliche Sicherheitsgemeinschaft erfolge. Bliesemann de Guevara und Kühn beziehen sich auf ein Grundverständnis von Weltpolitik, das von der Befürchtung bestimmt ist, soziale Prozesse könnten sich ohne Einbindung in staatliche Herrschaftsverhältnisse unkontrolliert entwickeln. Ein Gebiet ohne Gewaltmonopol ist demnach „eine Zone des Aufruhrs, in der Herrschaft ihre Aufgaben nicht erfüllt“ (Bliesemann de Guevara/Kühn 2010: 36). Die Potemkinsche Fassade von Staatlichkeit, die in Afghanistan geschaffen wurde, ist deshalb für die Autor*innen nicht ausreichend.

„Informale Politik und soziale Prozesse verlaufen also immer auch jenseits staatlicher Einbindung und verlängern so potenziell die Intervention, weil unklar ist, welches Risiko ein Ende der internationalen Steuerung und Stabilisierung birgt.“ (Bliesemann de Guevara/Kühn 2010: 176)

Kühn begreift als die größte Herausforderung, die von den Interventionsstaaten ausgeübte Macht in lokale Formen von Herrschaft zu transformieren. Der Grad der Vereinheitlichung von Herrschaftsmechanismen sei entscheidend für die Integration der Sicherheitsgemeinschaft (vgl. Kühn 2010: 73). Ziel ist die zunehmende Einbindung weiterer Staaten in die „demokratisch regierte, gewaltkontrollierte Friedenszone“ (Bliesemann de Guevara/Kühn 2010: 36). Die Veränderung der Staatlichkeit in Afghanistan hin zu einer mit mehr sozialer Einbindung müsse militärisch abgesichert werden, weil ein Versagen der Gewaltkontrolle der Auslöser der Intervention war (vgl. Bliesemann de Guevara/Kühn 2010: 185).

Ähnlich wie Kühn und Bliesemann de Guevara, jedoch weniger militaristisch, argumentiert Michael Barnett (2008), auch er schlägt vor, die Ziele niedriger anzusetzen, aber nicht aufzugeben. Er macht dies, obgleich er einleitend feststellt: „Liberal peacebuilding might, inadvertently, be doing more harm than good.“ (Barnett 2008: 7) Politische Koalitionen in Nachkriegsstaaten müssten „not fully

democratic“ (Barnett 2008: 9) sein. Die zentrale Aufgabe von Peacebuilding sei es, Staaten zu gestalten, die Stabilität und Ordnung erhalten können. Doch dafür bräuchten diese Staaten eine innere Legitimität.

Während Kühn es als unmöglich betrachtet, diese gesellschaftliche Anbindung extern zu leisten, macht Barnett dafür Vorschläge. Repräsentationen müssten nicht demokratischen Prinzipien entsprechen und auch ohne Wahlen könnten eine Übergangsregierung oder ein Beratungsgremium eingerichtet werden, die mit minimalen Standards die Funktion von Repräsentation ausüben (vgl. Barnett 2008: 9). Prozesse der öffentlichen Darlegungen und Diskussion könnten eingeführt werden, damit Entscheidungen auf weniger Widerstand treffen. Legitimität hänge von der Anwendung der passenden Mittel zur Herstellung von Konsens ab („to arrive at collective goals“, ebd.: 9). „[T]hat is, groups need to believe that their views are being incorporated.“ (Ebd.: 9) Die Regierungsmacht müsse zudem zwischen allen machtvollen Akteur*innen aufgeteilt werden, keine der Fraktionen dürfe dominieren, damit diese durch ein Gleichgewicht der Kräfte zu Verhandlungen und Kompromissen gezwungen sind. Diese „divided Power“ mit dem Prinzip des „check and balance“ stärke dadurch Legitimität und Stabilität.

Mit solchen Veränderungen der Konzepte für Interventionen des liberalen Peacebuilding wird demnach eine rein äußerliche Hülle von scheinbarer Mitbestimmung als Beruhigungsstrategie angestrebt, um Widerstand zu verhindern und soziale Einbindung in staatliche Gewaltkontrolle zu erreichen. Gleichzeitig teilen alle bewaffneten Gruppen die Macht unter sich auf.

Barnett möchte wie Kühn und viele andere das Unternehmen liberales Peacebuilding als exogene Gesellschaftsumgestaltung nicht aufgeben. Deshalb sieht er in diesen „nicht ganz demokratischen“ Umsetzungsformen eine Strategie, um, wie er sagt, brutalen, machtvollen, lokalen Eliten nicht zu viele Zugeständnisse zu machen. Stattdessen könne mit der „creation of decent governments“ (Barnett 2008: 9) eine „integration of their [international community] policies“ (ebd.: 9) garantiert werden. Als Ziel dieses Vorgehens beschreibt Barnett: „to further the prospect that a good society will develop“ (ebd.: 9).

Kühn und Barnett denken offensichtlich nicht aus der Perspektive der Bevölkerung in den Nachkriegs- bzw. Interventionsgesellschaften, sondern planen von außen und oben, wie diese funktional eingebunden werden könnten. Deren Willensbildung, Werte und Selbstbestimmung werden in die Konzepte für Demokratisierung nicht einbezogen. Auch von anderen Ansätzen, die an der Verbesserung des Peacebuilding arbeiten, werden solche Überlegungen, wie sie hier bei Kühn und Barnett beschrieben wurden, kritisiert. Das trifft insbesondere auf Ansätze des sogenannten Social Peacebuilding zu.

SOZIAL, KULTURSENSIBEL UND PARTIZIPATIV INTERVENIEREN

Im Social Peacebuilding wird ein Schwerpunkt auf soziale und ökonomische Rechte als Grundlage für Frieden gelegt. Die politische Bedeutung des Friedensaufbaus soll dabei aus der Aushandlung zwischen den lokalen und den internationalen Akteur*innen entstehen. Das Ergebnis müsse nicht zwangsläufig liberaler Staatsaufbau sein (Richmond 2009b). „[T]he neoliberal focus on ownership, property, production and consumption [...] ignores [...] how peace requires well-being via human needs stemming from rights defined by their contexts [...].“ (Richmond 2009b: 3) Dieser Ansatz des Social Peacebuilding stimmt überein mit dem, was von Richmond als „emancipatory version of the liberal understanding of peace“ (Richmond 2008b: 447) bezeichnet wird und als Bottom-up Peacebuilding gedacht ist.

Shahrbanou Tadjbakhsh steht für einen solchen emanzipatorischen oder sozialen Ansatz von Peacebuilding. Tadjbakhsh (2011; 2009; 2008; Tadjbakhsh/Schoiswohl 2008) reflektiert auf der Basis eines eigenen Forschungsprojektes über die Probleme des liberalen Peacebuilding in Afghanistan. Dabei unterscheidet sie sich deutlich von Bliesemann de Guevara/Kühn und Barnett, indem sie den Sichtweisen der afghanischen Bevölkerung zentrale Bedeutung gibt.

„Democratization ‚outside-in‘ entails the danger of leaving those who should be at the heart of the matter, namely the people being subjected to a state-building endeavour that has been shaped by the demands of others, with little participation or say in the design of a political system that, at least in its philosophical foundation, is centred on the very idea of the will of the people.“ (Tadjbakhsh/Schoiswohl 2008: 264)

Tadjbakhsh kritisiert, dass die Einwohner*innen Afghanistans paternalistisch als Empfänger*innen von Demokratie gedacht werden und nicht als diejenigen, die den Demokratisierungsprozess steuern und voran bringen. Aus ihrer Sicht wurde in Afghanistan Demokratie vom Endpunkt her gestaltet. Eine gereifte Demokratie und wachsende ökonomische Austauschbeziehungen, die einen internationalen Frieden stabilisieren, würden dabei als Instrumente der Sicherheit gedacht, statt den Fokus auf die Bevölkerung zu haben und die lokalen Bedingungen als Basis für Demokratie zu nehmen. Sie nimmt, wie sie angibt, die Vielfalt an Stimmen wahr, die in allen Bereichen der afghanischen Gesellschaft, nicht nur unter Intellektuellen in Kabul, existieren. „Afghan culture was fast renewing itself, imagining and debating its future [...].“ (Tadjbakhsh 2011: 219) Sie verweist auf Dynamiken in der Presse, in Debatten, in politischen Parteien und auf den Aktivismus der Zivilgesellschaft. Das Projekt des liberalen Friedens könne durch Interaktionen mit diesen „sources of dynamism and renewal“ (Tadjbakhsh 2011: 219) geformt und gefestigt werden.

Denn Tadjbakhsh ist überzeugt, dass die Legitimität des liberalen Peacebuilding als Schlüssel für dauerhaften Frieden aus den Ansichten der Bevölkerung entsteht.

Tadjbakhsh reflektiert nicht allein die Ausführung und Effizienz des Peacebuilding, sondern auch die Gültigkeit des Modells des liberalen Friedens (vgl. Tadjbakhsh 2009). Sie erkennt an, dass Grundannahmen wie Entwicklungstheorien und -praktiken, liberaler Kapitalismus und die Universalität westlicher Normen und Werten hinterfragt werden können. Auch nimmt sie bestehende Kritik wahr, dass Peacebuilding darauf ziele, andere Kulturen und Bevölkerungen mit ethnozentrischen, neokolonialen Praktiken zu verändern.

Nichtsdestotrotz verteidigt Tadjbakhsh das liberale Peacebuilding. Sie kritisiert, dass der liberale Frieden aufgegeben wurde, um Afghanistan verlassen zu können. Zumal, weil dabei die Schuld für das Scheitern auf „die Afghanen“ geschoben wird: korrupte Regierung, nicht-liberale afghanische Kultur, keine vereinheitlichte Sicht auf Loyalität und Ordnung (vgl. Tadjbakhsh 2011: 218). „Furthermore, the local culture was essentialized as fundamentally illiberal, anti-modern and static, lacking in any kind of internal dialogue and dynamism, when in reality, it was full of vibrancy.“ (Tadjbakhsh 2011: 218)

Ich schätze an Tadjbakhshs Forschung sehr, dass sie den Sichtweisen und Debatten in der afghanischen Bevölkerung eine zentrale Stellung gibt. Weil sie das macht, beschreibt sie viele ähnliche Probleme, wie sie auch in meiner Arbeit zum Ausdruck kommen. Das ist bei Kühn ganz anders. Dieser konzentriert sich – wie viele andere – in seiner Afghanistan-Studie auf die internationalen Akteur*innen – NATO, US-Militär und Verbündete, UN, UNAMA, ISAF, US-Regierung – sowie, für die Analyse der lokalen sozialen und politischen Entwicklung, auf die afghanische politische und ökonomische Elite und bewaffnete Akteure (Milizen, Militär/Polizei, Taliban) (vgl. Kühn 2010). Bei Tadjbakhsh bleibt Demokratisierung nicht ein äußerliches, simuliertes Konzept als Instrument für globale Sicherheitspolitik. Sie sieht eine Notwendigkeit, die Menschen im Konfliktgebiet mit ihren Bedürfnissen, Erfahrungen, ihren Normen und Werten der Kultur zu analysieren und mitgestalten zu lassen (vgl. Tadjbakhsh/Schoiswohl 2008).

Doch dabei hält Tadjbakhsh am Ideal eines liberalen Peacebuilding mit Demokratisierung und wirtschaftlicher Absicherung fest. Sie gibt die Idee nicht auf, dass durch Demokratisierungsinterventionen der machtvollen Staaten grundlegende Menschenrechte verwirklicht werden können, wenn nur die Besonderheiten des spezifischen Konflikts und der Kultur beachtet werden. Tadjbakhsh bezieht sich dabei insbesondere auf das zwischenzeitlich vor allem in westlichen akademischen Kreisen populäre Konzept der Human Security, das parallel zur Diskussion um die Schutzverantwortung selbst soziale Notlagen als Aufgabe und damit implizit Interventionsvorwand der internationalen Gemeinschaft definiert. Für die lokale Bevölkerung müssten Verbesserungen, vor allem auf der ökonomischen Ebene, im täglichen Leben wahrnehmbar sein. Davon hänge auch die Akzeptanz der Interven-

tion ab. Nicht die stabilen Institutionen sollten ein Indikator für erfolgreiche Transitionen sein, sondern der Rückgang der allgegenwärtigen Bedrohungen im Leben der Menschen. Sowohl auf der externen wie auf der lokalen Seite sieht Tadjbakhsh Erwartungen an liberalen Frieden: „[D]ifferent value systems do not detract from common expectations on liberal peace.“ (Tadjbakhsh 2011: 207)

Weil Tadjbakhsh trotz der vielfältigen Kritik an der Ausführung des Peacebuilding, die sie mit ihrer eigenen Forschung in Afghanistan in vielen Details belegt, an der Idee „menschliche Sicherheit durch Intervention“ festhält, begreift auch sie die negativen Auswirkungen des liberalen Peacebuilding in Afghanistan als gravierende Schwierigkeiten, die überwunden werden müssen. Wenn sie auf die politische Macht von Warlords, Kriegsverbrechern der Nordallianz und von Taliban-Führern eingeht, fällt auf, dass sie die afghanische Regierung als verantwortlich für dieses Problem beschreibt. Die diesbezügliche Verantwortung der internationalen Gemeinschaft bleibt unerwähnt. Die direkte Gewalt der militärischen Intervention mit der beständig steigenden Zahl an zivilen Opfern und mit Übergriffen vor allem auf den Schutz des persönlichen Wohnraumes wird von ihr nicht thematisiert. Sie hält an der Zweiteilung in liberale und lokale Akteur*innen fest, wobei der westlich-liberale Akteur sich im Sinne der Responsibility-to-Protect/Schutzverantwortung extern einmischt. Die westlichen Staaten und Organisationen bleiben die – kultursensibel angepassten – Subjekte der Herstellung von menschlicher Sicherheit in anderen Weltregionen. Lokale Akteur*innen äußern ihre Bedürfnisse und partizipieren – mehr nicht.

LIBERALEN FRIEDEN ALS EIN KOLONIALES PROJEKT DES KRIEGES ABLEHNEN

In Reaktion auf das grundlegende Programm des liberalen Friedens als auch auf die Kritiker*innen, die die Kernpraktiken westlicher Interventionen im Namen des Friedens und der Menschenrechte beibehalten, wird auch Kritik am Kriegsscharakter sowie am Neokolonialismus und Imperialismus dieses Projektes formuliert.

Vivienne Jabri sieht den liberalen Frieden zum einen als ein Projekt der Enteignung – dazu mehr nachfolgend – und zum anderen vor allem als ein Projekt des Krieges, dem der Name Frieden gegeben wurde: „[P]eace is the name of the game rather than war.“ (Jabri 2010: 41) Ähnlich drückt es Heathershaw aus: „[P]eacebuilding represents the mutual inclusiveness of the idea of peace and the practice of war.“ (Heathershaw 2008: 621) Entsprechend gibt Wolf Wetzel seinem Buch über die Herstellung einer deutschen Normalität der Kriegsbeteiligung aus Menschenrechtsgründen („kein zweites Auschwitz“) den Titel *Krieg ist Frieden* (Wetzel 2002). Liberaler Frieden normali-

siert Gewalt (vgl. Heathershaw 2008: 616) und bietet eine weit akzeptierte Rechtfertigung für permanenten Krieg (vgl. ebd.: 621).

Das Überlegenheitsdenken machtvoller westlicher Staaten als Beschützer und Transformations- bzw. Entwicklungshelfer, das mit den Konzepten des liberalen Friedens oder der Schutzverantwortung (R2P) eine machtvolle Wirkung erhält, ermöglicht, Kriege im Namen von Frieden zu führen und Waffen als Nothilfe in ein Kriegsgebiet zu schicken. Als der Deutsche Bundestag 2014 am Antikriegs- bzw. Weltfriedenstag, dem 1. September, Waffenlieferungen an die kurdische Autonomieregierung im Nordirak, damit in ein Kriegsgebiet, beschlossen hat, wurde dies mit Nothilfe gerechtfertigt. Es müsse Verantwortung übernommen werden. Die Entscheidung wurde mit der Rettung der durch den Islamischen Staat (IS) in Shengal einem Völkermord ausgesetzten und vertriebenen Ezid*innen und insbesondere der vom IS versklavten ezidischen Frauen begründet. In der Plenardebatte präsentierte Thomas Oppermann (SPD) die Waffenlieferung als Lösung für die Frauen und Mädchen, die als Kriegsbeute misshandelt, verkauft und versklavt wurden oder auf der Flucht sind: „[D]as ist eine Nothilfe zur Rettung von Menschenleben. Es ist eine Nothilfe, um Hunderttausende von Flüchtlingen zu schützen, und kein kommerzieller Export von Kriegswaffen.“ (Deutscher Bundestag, 01.09.2014) Mit den aus Deutschland gelieferten Waffen wurden am 3. März 2017 die inzwischen aufgebauten Selbstorganisations- und Selbstverteidigungsstrukturen der Ezid*innen, zu denen Schutz sie angeblich geliefert worden waren, durch die Soldaten (Peshmerga) der kurdischen Autonomieregierung im Nordirak angegriffen (vgl. ÊzîdîPress, 05.03.2017). Um diese Waffen in den Nordirak zu liefern, war der bisherige Grundsatz, keine Waffen in Kriegs- und Krisengebiete zu exportieren, erstmalig durchbrochen worden. Das Konzept der humanitären Intervention und dessen Ausweitung mit dem Konzept der Schutzverantwortung (R2P), erreichten bereits, dass Beschränkungen von militärischen Interventionshandlungen, die zuvor aufgrund des hohen Stellenwerts staatlicher Souveränität galten, „erfolgreich“ durchbrochen sind.

Peacebuilding ist nicht durch nachgewiesene Erfolge begründet, sondern beruht auf einer politischen Argumentation für die Berechtigung militärischer Interventionen, die durch ein überlegenes, höherwertiges Selbstverständnis reicher westlicher Staaten geprägt ist.

„Es herrscht die Vorstellung: Wir haben überlegene zivilisatorische Werte, die uns erlauben, nationale Souveränität zu verletzen; die Anwendung von Gewalt wird dadurch gerechtfertigt, dass wir diese Werte hochhalten. Das nenne ich liberalen Imperialismus, der darin endet, realpolitisch motivierten Imperialismus zu rechtfertigen und oft zur Ideologie einer missionarischen Demokratisierung oder demokratischer Expansion wird. Eine humanitäre Intervention führt unausweichlich zur Doktrin einer demokratischen Expansion.“ (Bello 2006: o.S.)

Die Argumentation der Schutzverantwortung wurde in der UN ab 2001 entwickelt (Report of the International Commission on Intervention and State Sovereignty) und beim United Nations World Summit im Jahr 2005 wurde der Grundsatz der Responsibility-to-Protect verankert. Auch zuvor wurden die umfassenden gesellschaftlichen Umgestaltungen des liberalen Friedensaufbaus oft mit einer humanitären Intervention eingeleitet, die mit dem Schutz vor Menschenrechtsverletzungen begründet wurde, beispielsweise in Bosnien. In Afghanistan kam das in der Argumentation, die Intervention diene der Befreiung der afghanischen Frauen von der Entrechtung durch die Taliban-Regierung, zum Ausdruck. Das ergänzte die Anti-Terrorismus-Kriegslegitimation, die völkerrechtlich schwach war, weil gegen den afghanischen Staat keine Beteiligung an den Anschlägen des 11. September 2001 nachweisbar war; dieser weigerte sich, Osama bin Laden auszuliefern.

Liberaler Frieden und die damit verbundenen Konzepte der Schutzverantwortung und der humanitären Intervention gehen mit einer Entpolitisierung von globalen Konflikten einher. Jabri sieht eine Entwicklung, die über die betroffenen Regionen der Intervention hinaus generell jedwede politische Definition von Konflikten beenden könnte (vgl. Jabri 2010). Eine Welt aus liberalen Märkten mit repräsentativen Demokratien nach westlichem Vorbild bzw. mit Good Governance wird als eine sichere Welt des Wohlstands und der Menschenrechte porträtiert und zum Zielpunkt jeder Entwicklung gesetzt. Die globale Verwirklichung von freien Märkten und Demokratie bedeutet demnach Sicherheit und Stabilität. Wenn angeblich der Schutz von Menschenrechten und auch die Sicherheit der Menschheit das Anliegen sind, dann geht es demnach um ein „common good“ und nicht um Politik. Laura Bush, die Frau des damaligen Präsidenten der USA, drückte die Legitimität des Afghanistan-Krieges in dieser Sprache aus: „[...] it is the acceptance of our common humanity – a commitment shared by people of good will on every continent“ (Laura Bush, Radioansprache an die Nation, 17.11.2001). Globale und gesellschaftliche Ungleichheiten, soziale Misere, künstliche Grenzziehungen und weitere der vielen destruktiven Folgen der historischen kolonialen Eingriffe wie auch die fortwährende Zerstörung von regionalen Ökonomien und (Selbst-) Versorgungsmöglichkeiten, widerstreitende Orientierungen für die wirtschaftliche, soziale oder politische Gestaltung und Konflikte um geopolitische Kontrolle und Zugang zu Rohstoffen, Wasser oder Energieressourcen sind einige der Faktoren, die den Hintergrund von Krisen und gewaltsamen Konflikten sowie von Interventionen bilden. Sie werden zur unbedeutenden Nebensache entpolitiert.

Stattdessen wird ein sogenannter Failed State und/oder ein angeblich fehlender Wille, die eigenen Bürger*innen vor Menschenrechtsverletzungen zu schützen, diagnostiziert und eine externe Intervention zum weitgehend standardisierten Aufbau von liberalen Institutionen und Governance-Praktiken durchgeführt. Geschwindigkeit, Reihenfolge und die direktere oder indirektere Einwirkung durch inter-

nationale Organisationen werden dabei variiert (vgl. Paris 2007). Demokratieaufbau wird zu einer technischen Angelegenheit, gekennzeichnet einzig durch die Durchführung und internationale Anerkennung von Wahlen.

„[T]he problem with the depoliticized version of democracy in contemporary constructions is that democracy becomes a merely technical matter. For example, voting systems are put in place on the basis of Western norms and elections ratified by international observers.“ (Elliott 2009: 266)

Diesen Prozess der Entpolitisierung zeichnet Laura Zanotti (2005) auf der Ebene der UN nach. Während bis 1997 noch eine Pluralität von Verständnissen von Demokratie in den Debatten und Grundsatzpapieren ausgedrückt wurde, wurde die Entwicklung mit dem neuen Generalsekretär Kofi Annan zu einer Standardisierung eines eindeutigen und universellen Begriffs gelenkt, der als Good Governance ausgedrückt wird und umfangreiche Eingriffe in nicht-funktionierende Staaten ermöglicht.

„Good governance not only constitutes the rationale for transforming troubled states into democracies and for engineering good societies; it also constitutes the driving concept for UN reforms. In addition to recommending reforms aimed at building predictable, regulated, and regulatory states and administrable societies, the United Nations had to equip itself with the instruments for knowing, assessing, and steering the behavior of states and become an effective ‚calculation center‘ and performance-monitoring agency.“ (Zanotti 2005: 472)

Der Good Governance-Diskurs transportiert starke Werte, benutzt dabei jedoch eine technische, Neutralität suggerierende Sprache. Eine globale Dichotomie zwischen dem ordentlichen Raum der Zivilisierten und den unvorhersagbaren, obskuren Randgebieten der Unzivilisierten wird zugrundegelegt und in seiner Praxis beständig reproduziert (vgl. Zanotti 2005: 481). Parallelen zur Zivilisierungsmission des europäischen Kolonialismus seien unverkennbar, stellt Zanotti fest. Auch vom historischen kolonialen Unternehmungen sei erwartet worden, dass sie Frieden, Ordnung und Produktivität schaffen.

„However, while in the nineteenth century the *idée coloniale* was based upon the idea of technological superiority, twentieth-century ‚good governance‘ is based upon the superiority of Western forms of government and their adaptability to all societies.“ (Zanotti 2005: 481)

Es ist vor allem die Handlungsmacht der im Interventionsgebiet lebenden Bevölkerung, die durch liberalen Friedenaufbau und entsprechende Theorien und Forschungen enteignet wird (vgl. Jabri 2010). John Heathershaw konstatiert, Peacebuilding zielt darauf, die Möglichkeit zu nehmen, den politischen Raum und das

politische Selbstverständnis abseits eines Kollaborationsverhältnisses zur Interventionsmacht zu gestalten.

„In the discourse of peacebuilding ‚friend‘ and ‚enemy‘ may even be found in the same individual who is faced with a truncated choice of playing the role of ‚spoiler‘ or a participant in the process. As such the subject is divided, with his/her ethical and political potential taken out of his/her hands and made a product of his/her relationship with the International Community.“ (Heathershaw 2008: 603)

Oliver Richmond vergleicht den internationalen und akademischen Konsens bezüglich der Annahmen des liberalen Friedens mit einer Form von Orientalismus, „in which liberal epistemic communities of peacebuilders transfer governance regimes through a process of conditional funding, training and dependency creation to more ‚primitive‘ recipients in conflict zones“ (Richmond 2009a: 62).

Das europäische liberale Selbst wird fortgesetzt privilegiert in einer hierarchischen Aufteilung der Welt. „Nowhere have these excesses of liberal interventionism been more apparent than in Iraq and Afghanistan, where the acquisitive logic of domination is distinctly expressed in racialised terms reminiscent of the colonial past.“ (Jabri 2010: 53) Auf der Basis des Stabilisierungsversprechens der liberalen Friedenstheorie wird die Enteignung der Handlungsmacht in der nicht-liberalen Welt mit Begriffen von Rettung, Fürsorge und Verantwortung zum Schutz verkauft. Harald Müller, unter anderem Geschäftsführer der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) und Mitglied im Stiftungsrat der Deutschen Stiftung Friedensforschung, scheint es nicht kritisch zu meinen, wenn er formuliert: „Der Wunsch, die Demokratie weltweit auszubreiten, ist [...] verständlich – er ist, wenn man so will, eine Neubelebung des jahrhundertealten westlichen Missionarstums.“ (Müller 2008: 41)

Die Intervention in andere Staaten und Gesellschaften und die hierarchische Konzeption von Subjektivität sind nach Jabris Verständnis kolonial und legen Enteignungen, rassistische Dominanz sowie Unterordnung nahe (vgl. Jabri 2010). Für Heathershaw ist neo-/liberales Peacebuilding praktisch imperialistisch (vgl. Heathershaw 2008: 620).

„[P]eacebuilding justifies a degree of international intervention within ‚failed states‘ which has been formally absent since the decline of colonialism after the Second World War. [...] [W]e must acknowledge the imperial practices of contemporary international peacebuilding.“ (Heathershaw 2008: 620)

Auch Mark Duffield beschreibt Interventionen als einen „neuen Imperialismus“ (Duffield 2001) und Walden Bello spricht vom „liberalen Imperialismus“ (Bello 2006).

Diese westlich-akademische Kritik am kolonialen oder imperialistischen Charakter des liberalen Peacebuilding weist am meisten Übereinstimmung mit den Analysen und Positionen der vier dargestellten afghanischen Basisorganisationen auf. Diese begreifen die Situation in ihrem Land auch eindeutig als ein Kriegsverhältnis. Tatsächlich war dies eine der allerersten Lektionen, die ich bei meinen ersten Schritten in Afghanistan erhielt: „Rede hier bitte nicht von ‚Nachkriegs‘-Situation!“ (Hjalmar Jorge Joffe-Eichhorn, AHRDO, persönliches Gespräch in Kabul, 15.05.2009). Diese Bezeichnung hatte ich in einem Exposé zu meiner geplanten Forschung benutzt.

Die Interventionspolitik wird von den hier dargestellten vier Basisorganisationen in je unterschiedlicher Ausprägung, Schärfe und Konsequenz als kolonial kritisiert, imperialistische Interessen werden benannt. Es geht mir hier jedoch keinesfalls darum, deren Analysen einzureihen in die soeben kurz angerissenen, westlich-akademischen, anti-kolonialen oder anti-imperialistischen Kritikansätze zum interventionistischen Peacebuilding. Denn auch auf viele dieser Kritikansätze, die den kriegesischen, kolonialen oder imperialistischen Charakter von Peacebuilding thematisieren, trifft zu, dass sie das Wissen von Organisationen wie RAWA, den Theatermacher*innen von AHRDO, den Afghan Justice Seekers (SAAJS) oder der Solidaritätspartei Afghanistan als unbedeutend oder zumindest nicht notwendig für ihre wissenschaftliche Arbeit verstehen.

DEKOLONIALISIERUNG DER DENKRÄUME FÜR GLOBALE POLITIK

Meera Sabaratnam stellt fest, dass es zum Common Sense in der Forschung zu gehören scheint, dass es ohne methodische Begründung möglich ist, sich allein mit der Seite der Intervenierenden – politische Programme, Grundannahmen, Praktiken – zu beschäftigen, um Interventionspolitik zu untersuchen (vgl. Sabaratnam 2013: 264). In dieser Methodenwahl – dem Ausschluss der Bevölkerung, die zum Zielobjekt der Intervention wird – drücke sich ein Grundverständnis davon aus, was als das Politische verstanden wird. Alles außerhalb der westlichen Handlungsweisen hat demnach keine Bedeutung für die Politik der Intervention. „[H]abits of methodological and analytic exclusions of target societies [...] seem to uphold the overall sensibility that nothing worth engaging with is going on outside the interventions themselves.“ (Sabaratnam 2013: 271) Die westlichen Handlungen als das Gebiet des Politischen zu begreifen, ist eine Form des Eurozentrismus in der Wissensproduktion.

Sowohl die Vertreter*innen der liberalen Friedenstheorie als auch deren Kritiker*innen, die lokale Besonderheiten mit hybriden Friedenskonzepten beachten wollen, halten an einer hierarchischen Zweiteilung der Welt fest: Liberale

Akteure mit den Fähigkeiten zur Problemlösung und zur Intervention werden den nicht-liberalen Akteuren in Nachkriegsländern gegenübergestellt, die als die Problemfälle mit Lösungsbedarf erscheinen (vgl. Campbell/Chandler/Sabaratanam 2011: 4).

Es trifft in der Regel auch auf anti-koloniale, anti-imperialistische und andere kritische Arbeiten zum liberalen Frieden zu, dass diese nur die westlichen Handlungen als den Ort und die Art des Politischen behandeln (vgl. Sabaratnam 2013 mit Bezug unter anderem auf Chandler 2006b und Zaum 2007). Gegenhegemoniale Denkweisen des Internationalen werden damit eingeschränkt, kritisiert Sabaratnam. „[E]ven critiques of the exploitative character of the global system can reinforce the primacy of the colonial-modern standpoint of knowledge.“ (Sabaratnam 2013: 262) Es wird weder die wissenschaftliche Hierarchie des Wissens und der Autorität zu sprechen infrage gestellt, noch wird die Aufmerksamkeit auf das gerichtet, was außerhalb des kolonial-modernen Unternehmens und verbundenen Wissensformen besteht. Damit wird der koloniale Unterschied verstärkt.

Anhand von deutschsprachigen Beiträgen zum interventionistischen liberalen Peacebuilding in Afghanistan, die dieses Projekt nicht mit Verbesserungen retten möchten, sondern als Ausweitung von Kriegspolitik, Verschärfung binärer Geschlechterkonstruktionen, Militarisierung des Zivilen und Neokolonialismus ablehnen (u.a. Tal 2010; Nachtigall 2012; Paech 2011; Gebauer 2011) möchte ich das verständlicher machen. Solche kritischen Beiträge sind von großer Bedeutung und werden dringend gebraucht. Das gilt auch für die Beiträge von Jürgen Wagner, die ich exemplarisch herausgreife. Wagner analysiert die Afghanistan-Intervention als einen Prototyp für vernetzte Sicherheitskonzepte des „Comprehensive Approach“ und für die Zukunft zivil-militärischer Aufstandsbekämpfung der NATO (Wagner 2010; Wagner 2011; Haid/Schürkes/Wagner 2011). Afghanistan ist demnach ein Experimentierfeld für „eine völlig neue Form westlicher Kolonialpolitik“ (Wagner, 22.06.2009). Sehr detailliert zeichnet Wagner die Zusammenhänge zwischen der humanitären und demokratischen Katastrophe und den militärischen, politischen und ökonomischen Eingriffen zur Durchsetzung radikal neoliberaler Marktöffnung und Investitionsschutzabkommen, von „quasi-kolonialer Verwaltung“ (ebd.) und einer stärkeren Kampfbeteiligung deutscher Truppen, um den „Lackmustest Afghanistan“ (ebd.) für strategische Partnerschaft in der NATO als zukünftig weltweit einsetzbare Stabilisierungskraft zu bestehen. Bei dieser kompromisslosen Kritik von Neokolonialismus und Kriegspolitik, bleiben die Analysen auf der epistemischen/epistemologischen Ebene dennoch eurozentrisch. Die Kritik zentriert um das Handeln und strategische Denken des Westens und ist auf dieser Grundlage informiert. Jürgen Wagner zitiert gelegentlich die afghanische Frauenrechtlerin Malalai Joya (u.a. Wagner 2011). Darüber hinaus erfahren wir nichts von den kritischen Analysen, den Perspektiven, den Erfahrungen und zentralen Aspekten, die Kriegsgegner*innen in Afghanistan haben, die die Intervention und ihre

Folgen als zerstörerisch, kolonial, gegen die Menschen gerichtet und demokratische Räume verschließend zurückweisen. Dieses in Afghanistan existierende Wissen, das auf eigenen Rationalitäten basiert, eingebunden in die Geschichte, Gegenwart und Zukunft feministischer, linker, demokratischer, für Gerechtigkeit und Selbstbestimmung kämpfender Bewegungen, bleibt unsichtbar.

Das heißt, auch in der kritischen Forschung wird die westliche Hegemonie in Bezug auf die Erkenntnissubjektivität in der konkreten Ausführung nicht infrage gestellt und verändert. Viele der Ausschlüsse, die durch Programme des liberalen Friedens produziert und kritisch behandelt werden, werden so erneut geschaffen (vgl. Sabaratnam 2011a: 797), denn die Analysen verlaufen monologisch und durch eine westliche Forschungsperspektive. Zugespielt kann gesagt werden: „This is because the primary subject of analysis remains the (neo-)liberal and hegemonic West, which acts imperiously upon this objectified non-liberal non-West.“ (Ebd.: 797) Auch in der Forschungshandlung wird das Nicht-Liberale, Nicht-Westliche zum Objekt gemacht und damit Macht darüber ausgeübt. Allen benannten alternativen Ansätzen des liberalen Peacebuilding, einschließlich der „emanzipatorischen“ des sozialen Peacebuilding und auch einschließlich vieler anti-imperialistischer Ansätze, ist gemeinsam, dass die epistemische Handlungsmacht und Perspektive als die liberaler, westlicher Akteur*innen unhinterfragt weitergeführt wird.

Die feministische Organisation RAWA und die Aktivist*innen in den anderen Basisorganisationen verfügen über viele Erfahrungen mit Protest und Widerstand gegen den Einfluss und die Gewalt reaktionär-islamistischer Organisationen und gegen verschiedene Besatzungssituationen. Detaillierte Dokumentationen, politische Analysen und Strategien für eine emanzipatorische Zukunftsgestaltung liegen vor. RAWA setzt sich seit den 1970er Jahren damit auseinander, welches Wissen und welche Form von Bildung sie entwickeln und weitergeben wollen. Sie betreiben Schulen und machen politische Bildungsarbeit. Sie führen eigene Recherchen und Dokumentationen durch. Sie geben eine Zeitung, Analysen und Stellungnahmen heraus. AHRDO setzt künstlerischen Methoden ein, um tabuisiertes Wissen artikulierbar zu machen. Sie dokumentieren das Wissen über die Kriege aus der Perspektive der Opfer. Über Theateraufführungen wie dem Dokumentationstheaterstück *Infinite Incompleteness* bringen sie dieses Wissen in die Öffentlichkeit und stellen es zur Diskussion. Dies sind eigenständige epistemische und epistemologische Zugänge.

Aus der Notwendigkeit der Kritik der eurozentrischen Fundamente der Wissensproduktion und dem Willen, die fortwährende Reproduktion und Verstärkung des kolonialen Unterschieds durch Forschung zu unterbrechen, wird dekolonialisierende Forschung entwickelt:

„This means that a radical critique of the liberal peace ultimately requires a more radical disruption of its Eurocentric epistemic underpinning, as well as a repoliticization of that sensibility of Western distinctiveness that is taken as an ontological ‚given‘.“ (Sabaratnam 2013: 270)

„As a strategy, a positional critique requires a careful engagement with the experiences and critical political consciousness of those who are rendered as ‚objects‘ of power, but who were never only silent and/or ‚co-opted‘ through their involvement with particular structures. In research, in large part this means engaging with the ways in which different people politicize various aspects of their experience, narrate the terms of their situations and critically interpret the world around them.“ (Ebd.: 272)

Dekolonialisierende Forschung bedeutet, mit den entwerteten, unterdrückten Perspektiven des Denkens an den Rändern und Grenzen des global durchdringenden Eurozentrismus, mit Neuentwürfen von Konzepten und mit Gegenanalysen, mit Zukunftsentwürfen, die Alternativen zum Bestehenden und zu den dominanten Entwürfen aufzeigen und mit den Denker*innen und Praktiker*innen basisdemokratischer, anti-kolonialer, anti-patriarchaler Kämpfe in einen achtsamen, bescheidenen Austausch zu treten.

